

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

8. Sitzung vom Montag, 24. Juni 2019, 18.00 bis 21.00 Uhr, im ref. Kirchgemeindesaal

Anwesend:	Gemeinderat, 28 Mitglieder (Nadja Naegeli und Elisabeth Naegeli treffen um 18.15 Uhr ein.)
	Stadtrat Mark Eberli, Stadtpräsident Daniel Ammann Dr. Walter Baur Hanspeter Lienhart Virginia Locher Rudolf Menzi Andrea Spycher Christian Mühlethaler, Stadtschreiber
Entschuldigt:	Pascal Sidler, Stadtschreiber-Stv.
Vorsitz:	Claudia Forni
Protokoll:	Jeannette Wanner, Ratssekretärin

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder. Speziell begrüsst wird Sophie Brunner, Lernende Stadtverwaltung, die im Rahmen ihrer Ausbildung an der heutigen Gemeinderatssitzung teilnimmt.

Die Auszählung des Rates ergibt 26 Anwesende. **Das absolute Mehr beträgt somit 14.**

Die Ratsmitglieder sind fristgerecht und ordnungsgemäss zur Sitzung eingeladen worden.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Traktandenliste

1. Protokoll der Sitzung vom 27. Mai 2019
2. Ersatzwahl in die Rechnungsprüfungskommission (RPK)
3. Postulat von Luís Calvo Salgado und Mitunterzeichnenden betreffend umweltfreundliches Abfallkonzept für bewilligungspflichtige Veranstaltungen – Begründung
4. Interpellation von Jörg Inhelder namens der BSB betreffend Kosteneinsparung im ZVG – Begründung
5. Interpellation von Claudia Forni und Mitunterzeichnenden betreffend Jugendpolitik – Antwort Stadtrat
6. Interpellation von Jörg Inhelder namens der BSB betreffend Sportanlagen – Antwort Stadtrat
7. Rechnung 2018
8. Geschäftsbericht 2018
9. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
10. Diverses

Eingang von neuen und persönlichen Vorstössen

Frédéric Clerc hat vor der Gemeinderatssitzung namens der FDP-Fraktion eine Anfrage betreffend Heizung Wydhof eingereicht.

Wortlaut: „Aus der Medienmitteilung vom 7. Juni haben wir vernommen, dass für die Liegenschaft Wydhof der Stadtrat einen Kredit von 113'000 Franken für den Heizungersatz genehmigt hat.

Wir würden gerne erfahren:

- Wie bei diesem Projekt die bewilligten Mittel zusammengesetzt sind.
- Was den Ausschlag für die Holzstückheizung gegeben hat.“

Die Anfrage entspricht den Erfordernissen der Geschäftsordnung des Gemeinderats. Sie wird dem Gemeinderat und dem Stadtrat noch zugestellt.

Gemäss Art. 48 Abs. 3 der Geschäftsordnung erhält der Stadtrat eine Frist von 2 Monaten um die Anfrage zu beantworten.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Daniel Wülser hat vor der Gemeinderatssitzung ein Postulat betreffend „Stundenmässige Sperrung des Durchgangsverkehrs in einem Teil der Altstadt ab späterem Samstagnachmittag zwecks Attraktivitätssteigerung und zu Testzwecken“ eingereicht.

Wortlaut: „Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie ab Höhe Surberbrunnen und bis und nach dem Restaurant Rössli für einige Stunden – und während mehreren Monaten – am Samstagnachmittag ab ca. 15.30 Uhr bis kurz vor Mitternacht dieser 50 Meter lange Abschnitt für den reinen Durchgangsverkehr (für Autos, Motorräder und Velos) testhalber gesperrt werden könnte.“

Die Geschäftsleitung des Gemeinderats behält sich gemäss Art. 46 Abs. 4 der Geschäftsordnung vor, diesen Vorstoss formell noch zu überprüfen. Entspricht er nicht den Erfordernissen der Geschäftsordnung, kann er zur Überarbeitung zurückgewiesen werden. Die Behandlung (Begründung) wird auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung vorgemerkt.

Der Vorstoss ist dem Gemeinderat und dem Stadtrat bereits zugestellt worden.

Beantwortung von Vorstössen

Keine.

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 27. Mai 2019

Auf Seite 218 wurde das Votum von Romaine Rogenmoser betreffend Schulhaus Allmend zu den Fragen an die Primarschulpflege ergänzt. Der Rat ist darüber bereits vorgängig per Mail informiert worden.

Auf Seite 220, Traktandum 9, Diverses, 1 Abschnitt, letzter Satz wird von Stadtrat Walter Baur folgende Anpassung beantragt: „Er sei **zwar** IT-Verantwortlicher, aber ...“ (statt: „Er sei *nicht* IT-Verantwortlicher, aber ...“).

Das Protokoll wird mit den vorhin genannten Änderungen einstimmig genehmigt und verdankt.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Traktandum 2

Ersatzwahl in die Rechnungsprüfungskommission (RPK)

Durch den Rücktritt von Jörg Inhelder wird per 1. Juli 2019 ein Sitz in der Rechnungsprüfungskommission frei.

Die Vorsitzende fragt Julia Pfister, Präsidentin der IFK an, ob sie einen Wahlvorschlag für die RPK unterbreiten kann.

Julia Pfister schlägt namens der IFK einstimmig **Claudio Heusser** vor:

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass, wenn nur 1 Kandidat vorgeschlagen ist, dieser auch als gewählt erklärt wird. Eine Auszählung der Stimmen kann nicht verlangt werden (§ 26 Abs. 2 GG).

Somit gilt Claudio Heusser (BSB) für den Rest der Amtsperiode 2018/2022 als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission als gewählt.

Traktandum 3

Postulat von Luís Calvo Salgado und Mitunterzeichnenden betreffend umweltfreundliches Abfallkonzept für bewilligungspflichtige Veranstaltungen – Begründung

Luís Calvo Salgado und Mitunterzeichnende haben am 27. Mai 2019 ein Postulat betreffend umweltfreundliches Abfallkonzept für bewilligungspflichtige Veranstaltungen eingereicht. Der Wortlaut ist bereits an der letzten Gemeinderatssitzung verlesen worden. Der Gemeinderat und der Stadtrat haben das Postulat erhalten.

Die Vorsitzende bittet um Begründung des Postulats.

Luís Calvo Salgado führt aus: „In Bülach finden rund ums Jahr zahlreiche Feste und Anlässe auf öffentlichem Grund statt. Wo Menschen gerne verweilen, gibt es auch zu essen und zu trinken. Was zurück bleibt, sind die entsprechenden Verpackungen. Mit einem intelligenten Angebot oder mit Mehrweggebinden lassen sich Abfälle vermeiden und vermindern. Wertstoffe wie Glas oder PET

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

gehören zurück in den Stoffkreislauf und erhalten so ein zweites Leben. Abfälle gehören richtig entsorgt. Das Postulat zielt darauf ab, ein Abfallkonzept von den Veranstaltern zu verlangen, damit die entsprechenden Kreisläufe richtig geplant und koordiniert werden könne. Die Stadt sollte die Veranstalter dabei in beratender Weise unterstützen.

Anfrage in der Gemeinderatssitzung vom 5.12.2108:

- Welche Massnahmen wurden beim diesjährigen Weihnachtsmarkt getroffen, um zu garantieren, dass die Trennung von Abfällen korrekt vorgenommen wird?
- Besteht ein Konzept, um möglichst wenig und gut sortierten Abfall bei Veranstaltungen in der Altstadt zu generieren?

Mehrere Bürgerinnen und Bürger hatten beim letzten Weihnachtsmarkt festgestellt, und uns ist aufgefallen, dass der Abfall generell nicht korrekt getrennt wurde und dass es keine Container für eine Trennung der Abfälle für die Stände am Weihnachtsmarkt zur Verfügung gestellt wurden. Stadtrat Daniel Ammann antwortete, dass es diesbezüglich kein eigentliches Konzept gebe. Für die Abfallentsorgung am Weihnachtsmarkt sei seit 6 Jahren die Firma Frei Logistik und Recycling AG zuständig. Man habe zusammen mit Experten geprüft, ob eine verfeinerte Abfalltrennung Sinn mache und sei zum Entschluss gekommen, dass der Aufwand und die Kosten zu hoch seien. Bei rund 50'000 Besuchern komme man auf ein Abfallvolumen von 4,5 Tonnen, was nur gerade 90 Gramm Abfall pro Person bedeute. Den grössten Abfallanteil mache das Papier aus, dann gäbe es wenig PET und Glas. Dafür noch Extra-Container aufzustellen und eine damit verbundene Abfallaussortierung im Nachhinein wäre zu aufwändig und mache bei dieser Menge Abfall wenig Sinn.

Ich habe schon damals erklärt, dass ich nicht verstehe, dass bei 4,5 Tonnen keine Massnahmen getroffen werden, um den Abfall besser zu trennen, nur weil gewisse Experten sagen, der Aufwand dafür sei zu gross. Wir sind überzeugt davon, dass es gute Abfallkonzepte bei Grossveranstaltungen gibt, denn es gibt sie auch in anderen Städten in der Schweiz und im Ausland. Wir sind überzeugt, dass das auch in Bülach umweltgerechter gehen müsste um Abfallberge zu vermeiden, findet man folgende Lösungsansätze, wenn man sich Beispiele aus anderen Städten anschaut:

- Mehrwegbecher mit Depot
- Mehrweggeschirr mit Depot
- Übrige Gebinde, wie z.B. PET, mit Depot
- Verzicht auf Alu- und Glasgebinde aus ökologischen sowie aus Sicherheitsaspekten
- Mahlzeiten möglichst ohne Verpackung (z.B. Pack's ins Brot, Finger Food)
- Temporäre flächendeckende Installationen für den Abfall

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

- Unterhalt der Installationen
- Ereignisorientierte Reinigungsarbeiten während der Veranstaltung auf dem Festareal
- Kontaktmöglichkeiten korrekt und klar angeben

Entsorgungsinfrastruktur von der Stadt Bülach:

Wie andere Städte in der Schweiz, sollte Bülach aus unserer Sicht ein verbindliches Konzept für die Abfalltrennung bei bewilligungspflichtigen Veranstaltungen erstellen, welche die eigenen Veranstaltungen der Stadt einschliessen. Wir wünschen uns, dass es eine Regelung in der Stadt für solche Veranstaltungen gibt, damit Veranstaltungen ohne Einweggeschirr durchgeführt werden müssen und dass Mehrweggeschirr bei solchen Veranstaltungen verwendet wird, weil es umweltfreundlicher ist. Wir denken, dass ein Konzept dafür, wie Abfall getrennt werden kann, wie die Organisation für Mehrweggeschirr (Depotsystem, Reinigung, etc.) gestaltet werden kann, im Einklang mit der Kreislaufwirtschaft stehen würde, die immer mehr im Aufschwung ist und eine nachhaltige Wirtschaftslösung ermöglichen würde. Wir haben Kontakt mit mehreren Veranstaltern von solchen Veranstaltungen genommen und haben festgestellt, dass eine grosse Akzeptanz auch von ihrer Seite vorhanden ist."

*** 18.15 Uhr: Nadja und Elisabeth Naegeli treffen ein. Der Rat ist zählt nun 28 anwesende Mitglieder und ist vollständig. **Das absolute Mehr beträgt neu 15.** ***

Die Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er das Postulat entgegennehme.

Stadtrat Daniel Amman teilt mit, dass der Stadtrat nicht bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass somit die Diskussion eröffnet ist und der Rat im Anschluss daran über die Überweisung abzustimmen hat.

Daniel Wülser fragt nach, für wie viele Besucher dieses Konzept vorgesehen ist: Ab 10 Besucher, ab 100 oder ab 500 Besucher? Luís Calvo Salgado habe in seinen Beispielen nur Grossstädte aufgeführt, wo es klar sei, dass es ein entsprechendes Abfallkonzept geben müsse.

Luís Calvo Salgado antwortet, er hätte sich an Herrn Engler von der Verwaltung gewendet, um die Formulierung zu präzisieren, und dieser habe diese Formulierung gut verstanden, sodass er es nicht als nötig erachtete, weitere Präzisierungen in Bezug auf die Anzahl Besucher zu machen.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Ab wie vielen Besuchern man ein Abfallkonzept erstellen müsse, möchte er der Stadtverwaltung nicht vorschreiben. Grossveranstaltungen in Bülach seien für ihn z.Bsp. der Weihnachtsmarkt. Da gäbe es viele Besucher, die auch jede Menge Abfall produzierten.

Daniel Wülser fragt nach, ob denn nun eine Veranstaltung des Kaninchen-Züchter-Vereins beim Stadtweiher mit 150 Besuchern von einem Abfallkonzept ausgenommen sei.

Luís Calvo Salgado erwidert, dass er sich dazu bereits geäußert habe. Wenn er die Begrifflichkeiten nicht verstehe, solle er sich an die Verwaltung wenden.

Stadtrat Daniel Ammann entgegnet, für ihn seien zwar die Begrifflichkeiten klar, doch im Postulat stehe nicht, dass es nur ab einer gewissen Anzahl Besuchern ein Abfallkonzept brauchen soll. Somit betreffe das doch alle Veranstaltungen. Über diesen Punkt habe der Stadtrat lange diskutiert und deshalb könne das Postulat so auch nicht angenommen werden. Bei der Stadt Bülach werden zwar keine eigenen Abfallkonzepte erstellt, aber die Organisatoren grosser Veranstaltung erhielten die Bewilligung jeweils nur, wenn sie ein Abfallkonzept vorlegen können. Falls das Konzept für gut befunden werde, gebe es die Bewilligung, sonst nicht. Das Problem hier seien die 250 Veranstaltungen wie zum z.Bsp. vom Kaninchen-Züchter-Verein, weil das sonst bedeuten würde, dass auch bei einer solchen Veranstaltung ein Abfallkonzept erstellt werden müsste. Für die kleinen Vereine gäbe das auch einen zusätzlichen grösseren finanziellen Aufwand, der sie in Schwierigkeiten bringen könnte. Bei jeder Veranstaltung gebe es Richtlinien und diese würden mit den Veranstaltern genau angeschaut. Zudem stehe diesbezüglich auch eine Beratungsstelle zur Verfügung.

Luís Calvo Salgado antwortet, dass er deshalb die Abfallmenge von 4.5 Tonnen am Weihnachtsmarkt erwähnt habe. Diese 4.5 Tonnen würden nicht vom Kaninchen-Züchter-Verein produziert werden. Er sei jedoch gerne bereit die Formulierung des Postulats anzupassen, falls es nicht genug verständlich für den Stadtrat sei. Seines Erachtens sei der Weihnachtsmarkt ein gutes Beispiel für die Konsum- und die Wegwerfgesellschaft. Es habe ihn deshalb sehr überrascht, dass Experten diesbezüglich gesagt hätten, dass es sich hier nicht lohne, den Müll richtig zu trennen. Das habe ihn dazu bewogen, das Postulat einzureichen.

Fredy Schmid teilt mit, dass sie das Postulat in der Fraktion eingehend besprochen hätten. Auch im Rahmen von all den Diskussionen, die auf kantonaler und nationaler Ebene stattgefunden hätten. Sie würden den Stadtrat als fähig genug erachten, die richtigen Rahmenbedingungen zu definieren. Die FDP-Fraktion unterstütze den Entscheid des Stadtrats einstimmig.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Romaine Rogenmoser schliesst sich dem Votum von Fredy Schmid an.

Samuel Lienhart erwidert, dass die SP-Fraktion das Postulat als sehr wichtig erachtet. Er müsse jedoch zugeben, dass das Votum von Daniel Amman bezüglich der Grösse der Veranstaltung durchaus einleuchtend sei. Es könne wirklich nicht sein, dass für jede Kleinveranstaltung oder Standaktion ein Abfallkonzept aufgestellt werden müsse. Deshalb würde er eine Änderung vorschlagen:

„Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob an bewilligungspflichtigen Veranstaltungen **ab einer bestimmten Besucheranzahl**, welche die eigenen Veranstaltungen der Stadt einschliessen,“.

Dann könne der Stadtrat einen Vorschlag ausarbeiten, ab welcher Besucheranzahl er ein Abfallkonzept als sinnvoll erachtet.

Luís Calvo Salgado ist mit dieser Formulierung einverstanden und bedankt sich für den Vorschlag.

Julia Pfister erwähnt, dass der Stadtrat bei einem Postulat nur prüfen und Bericht erstatten müsse. Sie finde es deshalb komisch, dass man nun über eine Ablehnung diskutiere. Sie verstehe nicht, weshalb der Stadtrat die Vor- und Nachteile eines allfälligen Abfallkonzepts nicht abklären wolle.

Romaine Rogenmoser findet, dass es grundsätzlich sehr schwierig sei, wenn man sich auf eine Bestimmte Zahl festlegen wolle. Wo würde man dann den Schnitt machen? Bei 300– und dann 301 nicht mehr? Da könne sie garantieren, dass später jeder eine tiefere Grenze hätte und dies wäre dann eine absolute Willkürgeschichte. Das dürfe man hier auf keinen Fall durchgehen lassen. Das sei indiskutabel. Man könne keine Grösse festlegen. Es sei eine Diskriminierung für einen Verein, welcher vielleicht etwas mehr Besucher habe und ein grösseres Fest machen wolle. Dieser Verein müsste dann ein Konzept erstellen. Und dann gäbe es kleinere Vereine, die gar kein Konzept liefern müssten. Es sei unfair und eine Schweinerei gegenüber jedem etwas grösseren Verein, welcher in dieser Art und Weise der Willkür ausgesetzt sei.

Luís Calvo Salgado meint, dass die einzige Schweinerei das Produzieren von Müll sei. Er hätte in seinem Postulat keine Einschränkungen erstellt.

Stadtrat Daniel Ammann fügt an, dass diese Diskussion müssig sei. Es sei klar, was mit dem Postulat verlangt werde. Der Stadtrat mache bereits genug. Er hätte 100% Vertrauen, was die Entsorgung sowie auch die Bewilligungsbehörde bei grossen Veranstaltungen betreffen würde. Die Verantwortlichen der Stadt besprechen sich vorgängig mit den Veranstaltern und schauen das konkrete Konzept genau an. Es könne sein, dass das Konzept des Weihnachtsmarktes angepasst werden müsste, aber er attestiere der Verwaltung und der Bewilligungsbehörde das nötige Feingefühl

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

und Wissen dazu, hier das Richtige zu machen. D. Amman fragt nach, ob jemand am vergangenen Wochenende auf dem Lindenhof gewesen sei, denn an dieser Veranstaltung habe man genau das gemacht: Man habe Reinigungsmaschinen hin transportiert, weil es einen Abfluss gehabt hätte. Man schaue alles miteinander an. Es sei nicht so, dass man einfach alles verdrecke, so wie es jetzt klinge.

Nadja Naegeli entgegnet, dass sie auf dem Lindenhof gewesen sei. Doch als sie für ihr Bier ein Glas verlangt habe, hätte sie nur einen Plastikbecher erhalten, da das Einkassieren von weiteren Fr. 2.- Depot ein zu grosser Aufwand gewesen wäre. Also würde hier doch irgendetwas nicht richtig funktionieren. Es gehe ihr nicht darum, dass die Stadt verdreckt werde. Sie sehe, dass dies funktioniere und alles immer wieder sauber gemacht worden sei. Hier gehe es nicht um Sauberkeit, sondern um Nachhaltigkeit! Alle seien davon betroffen und im Internet sehe man diese Videos, wo das Meer verdreckt ist und die Schildkröten sterben und im Rat werde nun tatsächlich darüber diskutiert, ob der Stadtrat dies nicht zumindest einmal überprüfen soll. Man spreche über den Klimawandel, den Klimanotstand und all diesen leidigen Themen – scheinbar für Nichts. In der EU werden in spätestens 2 Jahren Plastik-Röhrchen, Einweg-Plastik etc. verboten werden. Und der Stadtrat wolle sich jetzt diese gute Möglichkeit vergeben? Er könne damit doch zeigen, dass ihm der Umweltgedanke und die junge Generation am Herzen liege. Bülach sei die junge alte Stadt, also solle man auch einmal an die Jungen denken. Man solle an die Kinder denken und an diejenigen, die Kinder haben. Solche Diskussionen seien mehr als mühsam und der Stadtrat vergebe sich doch nichts, wenn er diese Sache überprüfe.

Laura Hartmann meint, dass Stadtrat D. Amman schon erwähnt hätte, dass für die grossen Anlässe ein Abfallkonzept erstellt werden müsse. So wie dieses Postulat daherkomme, seien damit auch eher die kleineren Anlässe von kleineren Vereinen gemeint und das sei unverhältnismässig. Man solle doch froh sein, dass es überhaupt noch Vereine gäbe, die die Vereinskultur in Bülach hochhalten würden. Wenn man nun für diese Vereine noch eine weitere Hürde mit einem Abfallkonzept erstellen würde, gäbe es bald keine Anlässe von kleineren Vereinen mehr.

Damaris Hohler erwidert hierauf: „Es geht weniger um das Abfallkonzept, sondern eher um ein Konzept für die Umwelt. Wenn man nun die Einschränkung machen würde, dass es ab einer gewissen Anzahl Besuchern ein Abfallkonzept braucht, dann würde sich dies mit den kleineren Vereinen auch erübrigen. Wenn ich die Feste in Bülach anschau und mit anderen Städten wie Bern oder Zürich vergleiche, ist es sicher auch in Bülach möglich, eine Mehrwertsteuer oder ein Depot einzuführen. Es gibt verschiedene Firmen, die den ganzen Service übernehmen. Das Geschirr wird abgeholt und wieder gesäubert. Heutzutage ist dies keine grosse Sache mehr. Und die Stadt kann das unterstützen, indem

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

sie ein entsprechendes Konzept vorgibt. Ein solches Konzept ist in jedem Fall eine gute Investition für die Zukunft."

Frédéric Clerc meint, dass bereits heute schon von den Veranstaltern ein Konzept eingereicht werden müsse. Er denke auch, dass die zuständigen Behörden wissen, was es dafür braucht und wie umfangreich ein solches Konzept sein muss. Wenn dann bemerkt werde, dass ein Konzept nicht richtig umgesetzt werde, müsse halt die Polizei auf den Platz gerufen werden, um das zu kontrollieren. Ausserdem habe der Gemeinderat erst kürzlich ein Postulat betreffend Klimanotstand überwiesen. Die Bülacher Regierung müsse sich nun Gedanken machen, was man diesbezüglich unternehmen wolle. Man könne doch nicht jedes Mal wegen einer Kleinigkeit ein weiteres Postulat zu einem gleichen Thema einreichen.

René Anthon stellt einen Ordnungsantrag auf Ende der Diskussion und fordert, dass man zur Abstimmung kommt, da schon längst alles gesagt sei, was es dazu zu sagen gäbe.

Luís Calvo Salgado bittet darum, dass man sich für die Diskussion um die Zukunft und die Umwelt Zeit nehmen und der Rat das im Wortlaut abgeänderte Postulat an den Stadtrat überweisen solle.

Abstimmung Ordnungsantrag

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von René Anthon auf Schluss der Diskussion mit 16 Stimmen zu.

Abstimmung Überweisung des Postulats

Der Gemeinderat lehnt die Überweisung des Postulats mit 13 Ja- zu 15 Nein-Stimmen ab.

Traktandum 4

Interpellation von Jörg Inhelder namens der BSB betreffend Kosteneinsparung im ZVG – Begründung

Jörg Inhelder hat namens der BSB am 11. Juni 2019 eine Interpellation betreffend Kosteneinsparung im ZVG eingereicht. Die Interpellation wurde den Gemeinderatsmitgliedern und dem Stadtrat zugestellt.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Wortlaut: „Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem neuen Sitz der Stadtverwaltung im ZVG (Stadthaus) ergeben:

1. Gibt es einen Masterplan über alle Kostenarten, wo wieviel Geld eingespart werden kann bzw. soll? Falls nicht, wann gedenkt der Stadtrat einen solchen Effizienzsteigerungs-Plan zu erstellen?
2. Welchen Betrag gedenkt der Stadtrat auf heutigem Kenntnisstand jährlich einzusparen, nachdem auch alle fremden Mietverträge ausgelaufen sind?
3. Gibt es bereits Detailpläne, etwa in den Bereichen IT, Zusammenlegen von Scannern, Druckern etc. (effizientere Arbeit durch optimierte Arbeitsplätze, Entfall von Fahrten an Sitzungen) um die Einsparung aktiv herbeizuführen?
 - Wenn ja, wie hoch fallen die entsprechenden Einsparungen aus?
 - Wenn nein, wie gedenkt der Stadtrat die möglichen Einsparungen effektiv zu erreichen?
4. Sind durch verbesserte Kommunikation und dadurch verbundene Effizienzsteigerung Einsparungen beim Personal vorgesehen?
 - Wenn ja, wie hoch fallen die entsprechenden Einsparungen aus?
 - Wenn nein, wie viele Stellen oder Stellenprozente erwartet der Stadtrat durch die Effizienzsteigerung nach dem Umzug für neue Aufgaben verfügbar zu haben?
5. Wie hoch sind im schlimmsten Fall die nach Bezug des ZVG weiterlaufenden Mietkosten für Fremdobjekte (Lendihaus, OM Haus etc.), um die Erträge für die Stadt Bülach zu optimieren?
6. Sieht der Stadtrat mögliche Kosteneinsparungen (über alles gesehen), falls die Oberstufenschulpflege im ZVG einzieht, und wenn ja in welcher Grössenordnung?“

Die Vorsitzende bittet um Begründung der Interpellation.

Jörg Inhelder: „In ziemlich genau zwei Jahren nimmt die Verwaltung der Stadt Bülach die Arbeit im neuen Stadthaus auf. Nebst vielen nicht-monetären Gründen war ein Treiber für ein zentrales Stadthaus ganz klar die in Aussicht stehende Reduktion der Kosten. Die Schätzungen waren zwar noch nicht exakt, aber man sprach und erhoffte sich Einsparungen im 7-stelligen Bereich. Die Stadtverwaltung ist gegenüber den Stimmbürgern in der Pflicht, diese Einsparungen auch aktiv herbeizuführen und wenn immer möglich auch zu beziffern. Wir möchten deshalb bereits heute wissen, wie der Stadtrat vorzugehen gedenkt, um die diese Einsparungen nicht dem Zufall zu überlassen. Die BSB hat zusammen mit Wilfried Meier, einem der ursprünglichen Initianten und Treiber für ein Stadthaus am jetzigen Standort, das Projekt im ganzen politischen Prozess unterstützt. Wir möchten deshalb wissen, ob der Stadtrat die möglichen Chancen und Potenziale konsequent nutzt und umsetzt.“

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Die Frist zur schriftlichen Beantwortung der Interpellation durch den Stadtrat beträgt gemäss Art. 49a Ziff. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderats drei Monate.

Die Vorsitzende übergibt die Sitzungsleitung für das nächste Traktandum aus formellen Gründen an Stephan Blättler, Vizepräsident 1.

Traktandum 5

Interpellation von Claudia Forni und Mitunterzeichnenden betreffend Jugendpolitik – Antwort Stadtrat

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 22. Mai 2019 (SRB-Nr. 190) fristgerecht die Interpellation von Claudia Forni und Mitunterzeichnenden betreffend Jugendpolitik beantwortet. Die Antwort wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Der Vorsitzende fragt Claudia Forni an, ob sie zur Antwort des Stadtrates Bemerkungen anzubringen hat.

Claudia Forni nimmt wie folgt Stellung zur Interpellationsantwort: „Auf meine Fragen habe ich interessante und enttäuschende Antworten erhalten. Interessant sind die Ausführungen zur Aufsuchenden Jugendarbeit. Eine Wiederaufnahme dieser Präventions-/Sensibilisierungsarbeit wäre «aus fachlicher Sicht sinnvoll», heisst es, insbesondere im Wissen des Bevölkerungswachstums in Bülach. Hierfür müssten aber auch die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Ja bitte: Dann machen Sie das doch. Die 12'000 Franken für den zweiten Zivildienstleistenden wurden nicht von Gemeinderat gestrichen, sondern vom Stadtrat. Für eine sinnvolle Präventionsarbeit, Rückmeldungen an die Jugendlichen zu ihrem Auftreten im öffentlichen Raum und Thematisierung von Suchtverhalten ist dieser Betrag sicher nicht überrissen.

Enttäuschend sind hingegen die Erklärungen zur Zukunftswerkstatt, besser gesagt dafür, dass sie nicht durchgeführt wurde. Nochmals ganz kurz, was ich bereits in der Begründung der Interpellation ausgeführt habe:

- Die Gelder für das Unicef-Label wurden im Budget 2014 gestrichen.
- Ein Jahr später – mit dem Budget 2015 – wurde eine Zukunftswerkstatt in Aussicht gestellt.
- Die dafür vorgesehenen 15'000 Franken hat der Gemeinderat bewilligt.
- Die Zukunftswerkstatt ist jedoch nicht durchgeführt worden.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Begründung? Die Streichung der Kosten für das Unicef-Label im März 2014!

Das ergibt doch keinen Sinn! Ich erwarte hier noch eine nachvollziehbare Begründung. Wenn ich sie nicht bekomme, muss ich davon ausgehen, dass irgendetwas schräg gelaufen ist, was man uns nicht sagen will.

Der Stimmungsbarometer, der stattdessen mittels Fragebogen ermittelt wurde, war sicher kein hochwertiger Ersatz. Das geht schon aus den wenig aussagekräftigen Antworten hervor. Besonders zu denken gibt aber, dass (neben einigen Primarschulkindern) lediglich Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule befragt wurden. Die Jugend, lieber Stadtrat, hört doch nicht mit der Schulpflicht auf! Bei der Erarbeitung der künftigen Jugendstrategie sind daher zwingend auch die Bedürfnisse der Lehrlinge, der SchülerInnen der Berufswahlschule und der GymnasiastInnen zu berücksichtigen. Wenn die Erfassung wirklich umfassend sein soll, müssten eigentlich auch noch junge Erwachsene zu Wort kommen. Die Frage, in welcher Form und mit welchen Methoden sich die jungen Leute in dieser Stadt Gehör verschaffen, stellt sich auch im Zusammenhang mit dem Strategieprozess Jugendpolitik. Ein Jugendparlament wäre eine der möglichen Mittel und könnte auch ergänzend neben anderen eingeführt werden.

Erfreulich ist – um mit etwas Positivem abzuschliessen – dass eine solcher Strategieprozess tatsächlich endlich in Gang kommen soll. Damit er zu einem brauchbaren Ergebnis führt, braucht es eine «neutrale und professionelle Fachbegleitung». So steht es in der Interpellationsantwort und mir persönlich leuchtet das auch ein. Es muss aber der Mehrheit des Gemeinderats einleuchten. Darum bitte ich Sie inständig: leisten Sie Überzeugungsarbeit! Gehen Sie frühzeitig –in die Kommissionen und erklären Sie, warum diese Begleitung notwendig ist, in welcher Form sie erfolgen soll und welche Ziele Sie damit erreichen wolle. Es wäre zu schade, wenn die Jugendpolitik auch in dieser Legislatur wieder auf der Strecke bleibt."

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Stephan Blättler übergibt den Vorsitz wieder an die Ratspräsidentin.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Traktandum 6

Interpellation von Jörg Inhelder namens der BSB betreffend Sportanlagen – Antwort Stadtrat

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 5. Juni 2019 (SRB-Nr. 211) fristgerecht die Interpellation von Jörg Inhelder namens der BSB betreffend Sportanlagen beantwortet. Die Antwort wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Die Vorsitzende fragt Jörg Inhelder an, ob er zur Antwort des Stadtrates Bemerkungen anzubringen hat.

Jörg Inhelder bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Fragen und nimmt dazu wie folgt Stellung: „Ich beginne mit einem Vergleich: Meiner Gesundheit zuliebe möchte ich jeden Morgen ein Glas Milch trinken. Die meisten Menschen würden alle paar Tage einen Liter Milch kaufen. Nicht so in der „WG Zaudern und Zögern“. An einer Vollversammlung wird beschlossen, eine Kuh anzuschaffen, weil dies günstiger ist. Da eine Kuh für die sieben WG-Bewohner zu viel Milch gibt, versucht man mit anderen Kommunen Kontakt aufzunehmen. Dies ist ziemlich kompliziert und aufwändig, da diese ja nicht nur von der Milch profitieren würden, sondern sich auch um Melken und Misten kümmern müssten. Da kommt die Idee auf, gleich einen Bauernhof zu kaufen und einen Bauern anzustellen, damit man keine Mühen auf sich nehmen muss. Nach 10 Jahren und zig Vollversammlungen und hohen Kosten für Expertisen für Kühe und Bauernhöfe wird beschlossen, die Milchgeschichte vorläufig auf Eis zu legen und stattdessen die Idee eines WG-Bewohners aufzunehmen, in Spanien eine Orangen-Plantage zu bewirtschaften, damit man nicht regelmässig Orangensaft einkaufen müsse. Solange die Ideen nicht ausgehen, geht die Geschichte unendlich weiter.

Wer Ähnlichkeiten zum leidigen Thema Sportpark Erachfeld vermutet, liegt gar nicht komplett falsch. Es ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar, warum der Stadtrat sich jetzt einerseits ohne einen Plan mit Kreismunicipalitäten abstimmen und andererseits ohne ein Projekt die Finanzierung klären möchte. Hier wedelt der Schwanz mit dem Hund! Eines ist sicher: Verfährt der Stadtrat nach dem gezeigten Plan, können die Bülacher Sportler noch Jahrzehnte auf die Sportanlagen Erachfeld warten. Die Erfahrung mit überzogenen Projekten liegt ja vor, und kompetenten Personen wird der gleiche Fehler einmal und nicht mehrmals zugestanden. Legt bitte die Zauder- und Zögermentalität ab und beweist den Willen, der Stadt eine Sportanlage in absehbarem Zeitrahmen zur Verfügung zu stellen.“

Die Diskussion wird nicht beantragt.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Traktandum 7

Rechnung 2018

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Gemeinderat, die Jahresrechnung 2018 zu verabschieden. Die RPK hält zur Jahresrechnung 2018 des politischen Gemeindegutes fest, dass

- die Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Bilanz und Sonderrechnungen den gesetzlichen Anforderungen genügt und die rechnerische Richtigkeit stimmt;
- die Erfolgsrechnung bei Fr. 135'391'000 Ertrag und Fr. 131'309'000 Aufwand mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 4'082'000 abschliesst;
- bei Investitionsausgaben im Verwaltungsvermögen von Fr. 14'463'000 und Investitionseinnahmen von Fr. 267'000 die Nettoinvestition Fr. 14'197'000 beträgt;
- die Nettoveränderung im Finanzvermögen der Investitionsrechnung Fr. 7'000 (Ausgabenüberschuss) beträgt;
- die Bilanz Aktiven und Passiven von Fr. 224'153'000 aufweist;
- durch den Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 4'082'000, sich das Eigenkapital von Fr. 98'835'000 auf Fr. 102'917'000 erhöht.

Nicht beschlussrelevante Bemerkungen der RPK zur Rechnung 2018:

Nicht im Gesamtabschied aufgeführte Bemerkungen und Anregungen ohne materiellen Einfluss auf das Rechnungsergebnis, die der RPK wichtig sind, werden in einem separaten Management-Letter festgehalten und dem Stadtrat schriftlich übergeben.

Finanztechnische Prüfung durch die Verwaltungsrevisionen GmbH

Prüfungsergebnis: Die getätigten Prüfschritte wurden ohne Bemerkungen oder Beanstandungen abgeschlossen.

Abschliessende Beurteilung: Nach der Beurteilung der Revisoren entspricht die Jahresrechnung für das am 31.12.2018 abgeschlossene Geschäftsjahr den gesetzlichen Grundlagen und den Rechnungslegungsgrundsätzen. Die Revisoren empfehlen die vorliegende Produktgruppenrechnung zu genehmigen.

Die Vorsitzende informiert über den weiteren Ablauf:

1. Stellungnahme der RPK-Präsidentin zur Rechnung 2018
2. Erläuterungen aus Sicht des Stadtrats zur Rechnung 2018
3. Fraktionserklärungen

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

4. Detailberatung Rechnung 2018 inkl. Wirkungsziel-/Steuerungsgrößenänderungen
-> gemäss Buch, kapitelweise nach Abteilungen
5. Erfolgsrechnung 2018
6. Investitionsrechnung 2018
7. Schlussabstimmung Jahresrechnung 2018

Romaine Rogenmoser führt anhand einer Präsentation (Beilage zum Protokoll) aus: „Schon dem Inhaltsverzeichnis meiner Präsentation können Sie entnehmen, dass ich dieses Mal etwas ausholen werde. Leider scheint es ein grundsätzliches Interpretationsproblem bezüglich Stellung und Aufgaben der RPK zu geben – dabei sind die gesetzlichen Vorgaben klar – die Unterlagen des Gemeindeamts, das neue Gemeindegesetz sowie auch der über 1'000-seitige Kommentar zum neuen Gemeindegesetz von Jaag, Rüssli und Jenni sind diesbezüglich erleuchtend.

-> Folie Seite 3: Im neuen Gemeindegesetz ist (wie auch schon im bisherigen) klar aufgeführt, was die Aufgaben und Kompetenzen der RPK sind. Und da finde ich den ersten Punkt doch schon mal recht interessant: es ist ausdrücklich erwähnt, dass sich die RPK auch politisch äussern muss – und zwar schon im allerersten Absatz: Prüfung nach finanzpolitischen Gesichtspunkten.

Der zweite Absatz ist selbsterklärend, er wird aber landläufig als die «one and only» Aufgabe der RPK angesehen: Rechnung und Budget anzuschauen. Immerhin wird dann im 3. Absatz noch präzisiert, was darunter zu verstehen ist. Dabei sind betreffend Klarifizierung insbesondere lit. c und d sehr interessant: Die RPK hat sich auch dahingehend zu äussern, ob eine Ausgabe finanziell angemessen ist – konkret: Können wir uns das leisten (unter c) und auch, ob die Massnahme kongruent ist mit der Aufgabenerfüllung: braucht es das wirklich und in dieser Ausführung (unter d)?

-> Folie Seite 4: Noch kurz etwas zur Stellung der RPK. Da gibt es auch immer Interpretationsschwierigkeiten: Die RPK ist eine selbständige und unabhängige Behörde. Sie ist nur den staatlichen Aufsichtsorganen verantwortlich (sprich: Bezirksrat, Regierungsrat etc.). Und gut zu wissen: Sie sollte kein Gegner sein, sondern das finanzpolitische Beratungsorgan der Gemeinde und hat eine Koordinationsfunktion in finanzieller Hinsicht zwischen politischer Gemeinde, Schulgemeinde und Zweckverbänden.

-> Folie Seite 5: Zu den Aufgaben der RPK gehören, wie erwähnt, unter anderem die finanzpolitische Haushaltkontrolle, zum einen in finanzrechtlicher Hinsicht, zum anderen bezüglich finanzieller Angemessenheit. Was darunter konkret zu verstehen ist, kann wie folgt präzisiert werden: die Finanzen müssen im Gleichgewicht sein – jetzt neu unter HRM2 wird ein Zeitraum festgelegt, in welchem die Finanzen ausgeglichen sein müssen. Die RPK prüft also, ob eine Ausgabe überhaupt

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

finanziell tragbar ist oder nicht. Des Weiteren achtet die RPK auf Sparsamkeit: ist diese Ausgabe notwendig und dringlich? Und auch zur Wirtschaftlichkeit äussert sich die RPK: ist die Aufgabe zweckmässig ausgestaltet, d.h. sind die Ausgaben für die Aufgabenerfüllung in einem vernünftigen Rahmen? (als Beispiel bringt man hier gerne den Polizeidienst mit einem Ferrari: die Polizei kann zwar mit einem Ferrari auf Streife, aber ob dies wirtschaftlich bzw. zweckmässig ist, kann bezweifelt werden). Bei der finanztechnischen Haushaltskontrolle kann die RPK auf die Unterstützung der gesetzlich vorgeschriebenen Revisionsstelle zählen. Die z.T. sehr hohen gesetzlichen Anforderungen können heute durch Laiengremien häufig nicht mehr erfüllt werden.

-> Folie Seite 6: Weshalb erzähle ich euch das alles? Anlässlich des bilateralen Gesprächs mit Stadtpräsident Mark Eberli – das ich ausserordentlich zu schätzen weiss – wurde ich darauf hingewiesen, dass die RPK immer das Haar in der Suppe sucht. Und da hat Mark Eberli natürlich nicht unrecht: Speziell bei dieser eigentlich unglaublich guten Rechnung (ein Plus von über 4 Millionen Franken) könnte ich als RPK Präsidentin ja zurecht überglücklich sein und Freudensprünge vollführen. Deshalb sei an dieser Stelle klar gesagt: Bülach legt eine ausserordentlich gute Rechnung vor. Aber: Es liegt in der Natur der Sache, dass die RPK den Dingen auf den Grund geht und die für – diesmal – schöne, einzelne Zahl (die über 4 Millionen Gewinn) im Detail analysiert. Was dabei herausgekommen ist, zeige ich Euch auf den folgenden Folien zur Rechnung:

-> Folie Seite 7: Bevor ich zu den Einzelheiten der Rechnung komme, möchte ich es nicht unterlassen, den zuständigen Stellen einen herzlichen Dank für die geleistete Arbeit auszusprechen. Es sind dies nicht nur der zuständige Stadtrat, Walter Baur, sondern insbesondere auch die Finanzabteilung unter der herausragenden Leistung von Herrn Wanner, in Zusammenarbeit mit Herrn Eugster und Herrn Hiltebrand. Auch möchte ich den zuständigen Abteilungsleitern ganz herzlich danken, die mir «Audienz» für meine technischen Fragen gewährt haben. Alle Abteilungsleiter haben sich Zeit genommen, um mich in die Details ihrer Abteilung einzuweihen. Ich schätze diesen direkten und unkomplizierten Weg und Zugang sehr. In diesem Jahr lag mein persönliches Augenmerk auf den verschiedenen Leistungszielen und Kennzahlen und ich habe mit jedem Abteilungsleiter über die eine oder andere Zahl diskutiert – insbesondere auch über Sinn und Unsinn bzw. über die Aussagekraft einiger Kennzahlen und Leistungsziele und es hat sich herausgestellt, dass ich in mehr als einem Fall offene Türen eingerannt bin. Mit den Abteilungsleitern bin ich deshalb grundsätzlich so verblieben, dass für die Budgetdebatte – immer in Zusammenarbeit mit der Fachkommission – diese Kennzahlen kritisch hinterfragt und wo nötig angepasst, durch aussagekräftigere ersetzt oder sogar ganz gestrichen werden. Mein Dank gehört somit allen Abteilungen für die geleistete sehr gute Arbeit – heutzutage ist es nämlich keine Selbstverständlichkeit, dass auch die laufenden Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Das gute Ergebnis der Rechnung ist nicht zuletzt auch auf die hervorragende Führung

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

der einzelnen Abteilungen zurückzuführen. Mein Dank richtet sich also nicht nur an die Finanzabteilung, sondern auch an alle anderen Abteilungen auch. Dankeschön.

-> Folie Seite 8: Die erste Folie zeigt einmal mehr, wo die grössten Kostentreiber sind, d.h. wofür die Stadt ihre Mittel einsetzen muss. Und wie immer sind Bildung und Soziales die grössten Posten mit fast $\frac{3}{4}$ aller Ausgaben.

-> Folie Seite 9: Die wichtigsten Aufwandarten sehen wir auf dieser Folie – und da ist schon das erste Haar in der Suppe: auch wenn die Ausgaben vermeintlich nicht weiter steigen (was total stimmen mag), so sieht es für die einzelnen Aufwendungen etwas differenzierter aus: Der Personalaufwand ist gestiegen – nicht nur verglichen mit dem Budget sondern auch verglichen mit dem Vorjahr. Der Anstieg erfolgt aber insbesondere v.a. aufgrund der höheren Schüler/Klassenzahl. Der Sachaufwand ist zwar tiefer als budgetiert, aber immer noch höher als im Vorjahr – so gesehen ist bei den zwei Hauptkostenarten (Personal- und Sachaufwand) keine Rede von Ausgabenreduktion. Was ganz wichtig ist: Auf der Folie fehlt der grosse Brocken an Abschreibungen. Diese sind um rund 750'000 Franken tiefer als budgetiert, was zur Annahme verleiten lässt, dass das Ausgabenwachstum gestoppt worden ist. Sobald mal die fehlenden Abschreibungen (die aufgrund der viel zu niedrigen Investitionsquote entstanden sind) dazuzählen würden, relativiert sich das mit den Ausgaben. Auch die Entschädigungen sind höher: Davon gehen allein an den Kanton 11,9 Mio. (Löhne Lehrpersonen – die sind ja im Buch unter Sachkosten erfasst) und an andere Gemeinden 3,9 Mio. (u.a. Finanzausgleich Anteil Sekundarschule – das ist nichts weiter als eine Umlagerung des Finanzausgleichs). Dann sehen wir auch noch den unglaublich hohen Betrag an Betriebs-/ Defizitbeiträge, die ebenfalls in der Summe höher sind als budgetiert und auch als im Vorjahr, dies aufgrund folgender Abweichungen: Beiträge Sonderschulung (+570'000.-), Pflegefinanzierung (+250'000.-), ZL (-481'000), ges.wirtsch. Hilfe (+445'000.-; VA und Flüchtlinge -421'000.-), Kultur, Musikschule.

-> Folie Seite 10: Woher kommen unsere Erträge? Die Darstellung ist Euch allen bekannt: neben ordentlichen Steuern haben wir noch Steuern aus den Vorjahren, die bezahlt werden, und die Grundsteuern. Da kommen wir grad schon zum zweiten Haar in der Suppe: Die Grundsteuern sind – trotz sehr sorgfältiger Berechnung – überproportional hoch ausgefallen und sind fast 3.8 Millionen höher als budgetiert. So wird natürlich der wunderschöne Gewinn von über 4 Million rasch relativiert. Wenn man noch die hypothetisch «zu tiefen Abschreibungen» (aufgrund der zu tiefen Investitionskosten) von ca. 750'000 Franken dazu rechnet, wandelt sich der ganze wunderschöne Gewinn in einen – zum Glück ebenso hypothetischen – Verlust von 550'000 Franken. So gesehen wird

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

der eine oder andere jetzt hoffentlich nachsichtig mit mir sein, dass ich nicht ganz so euphorisch bin aufgrund der vorliegenden Zahlen.

-> Folie Seite 11: Ein Wort zu den Investitionen: Diese sagen uns: Wohin geht unser Kapital? Nur 54% der budgetierten Nettoinvestitionen wurden ausgeführt (Steuerhaushalt 51%, Vorjahr 92%), was insbesondere einen gravierenden Einfluss auf die Abschreibungen hatte. Die Gründe waren u.a.:

- Im Verwaltungsvermögen: ZVG Zahlungsplan aufgrund Bauphasen, Flüchtlings- und Asylzentrum, SH Allmend -> mit diesen wären es 80% im Steuerhaushalt.
- Im Finanzvermögen: Marktgasse 9, Goldener Kopf: Sanierung Hotelzimmer auf 2019 verschoben. Es stellt sich in diesem Zusammenhang natürlich zum einen die Frage, aus welchen Gründen genau wurden die Investitionen nicht gemacht, aber viel entscheidender ist natürlich die Frage: Wie wirkt sich diese Investitionsverzögerung auf unseren Finanzplan aus? Dieser Investitionsstau ist natürlich alles andere als gut im Hinblick auf die grossen Investitionsvorhaben, die wir noch haben und ganz grundsätzlich muss man vermutlich in der einen oder anderen Abteilung über die Bücher, ob die richtigen Leute am richtigen Ort sind, aber auch, und – etwas was Sie aus meinem Munde erstaunen mag – ob grundsätzlich genügend Manpower vorhanden ist. Das soll kein Freipass sein für einen Personalausbau – die Vorstellungen sind diesbezüglich sehr konkret. Da es sich aber um die Rechnung handelt, werde ich an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen.

-> Folie Seite 12: Es ist ja nicht so, dass ich nur die Haare in der Suppe suche, deshalb schliesse ich jetzt meine Präsentation mit der Folie zu den Kennzahlen. Und ohne jetzt im Detail auf die einzelnen Zahlen einzugehen, dürfte jedem klar sein, dass die Verwaltung zusammen mit dem Stadtrat einen ausgezeichneten Job machen, denn sonst wären wohl kaum alle Kennzahlen, die generell als Massstab genommen werden, im grünen Bereich. Und ja, das «Vorläufig im grünen Bereich» werde ich mir verkneifen – denn das nächste Budget kommt bestimmt – ich bin gespannt, was es uns bringen mag In der Zwischenzeit erfreuen wir uns an der gelungenen Rechnung. Es liegt also auf der Hand, dass die RPK einstimmig beschlossen hat, die vorliegende Rechnung zur Annahme zu empfehlen."

Stadtrat Dr. Walter Baur möchte nochmals auf die Folie mit den Kennzahlen zurückkommen. Diese Kennzahlen seien ein Teil eines Frühwarnsystems. Sobald eine dieser Zahlen rot sei, müsse gehandelt werden. Man sehe her nicht nur die Zahlen von 2018 sondern auch jene von 2014 bis 2018. Und auch diese Zahlen seien über den ganzen Zeitraum grün. Im Grossen und Ganzen könne man also sagen, dass alles erfreulicher Weise stabil sei. Bülach habe heute einen Ertragsüberschuss von 4.1 Mio., ein Eigenkapital von 102.9 Mio. sowie ein Nettovermögen von 5.4 Mio. Man habe solide Steuereinnahmen und die Kosten pro Einwohner hätten auch leicht gesenkt werden können. Der

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Ertragsüberschuss werde in die zukünftigen Investitionen fließen. Bezüglich der finanzpolitischen Reserven sei noch nichts geregelt, weshalb immer noch alles ins Eigenkapital gehe. Die Revisionen seien auch gut gewesen, was ihn natürlich sehr freue. Der Steuerfuss bleibe wie er sei. HRM2, das neue System, lasse das Bilden finanzpolitischer Reserven zu, was wiederum ermöglichen würde, den Steuerfuss um 2-3 Prozentpunkte zu senken. Dies sei jedoch kein Thema bei der Ausgangslage von Bülach. Man könne jetzt finanzpolitische Reserven bilden oder etwas ins „Kässeli“ legen (das habe man früher mit dem alten Model nicht machen können). Er möchte sich des Weiteren bei den Kommissionen des Gemeinderats für die geleistete Arbeit bedanken. Es lägen jetzt 80 Entscheide für die verschiedenen Produktgruppen vor und es sei das erste Mal seit 40 Jahren, dass diese alle einstimmig ausfielen. Dieser Umstand freue ihn sehr und deshalb gehe der Dank auch an die Verwaltung und an seine Stadtratskollegen, die dafür gesorgt hätten, dass das Budget eingehalten worden sei. Man könnte jetzt wahrscheinlich auf die Idee kommen, dass es eine kurze Sitzung geben werde, da alle Abschiede einstimmig seien. Doch das werde sich erst noch zeigen, man müsse zuerst die Arbeit machen und die Rechnung auch im Detail anschauen.

Fraktionserklärungen

Andres Bühler erklärt namens der **BSB**, dass die RPK-Präsidentin jedes Detail, das er sich notiert habe, bereits gesagt hätte. Die budgetierten Investitionen in einer Stadt wie Bülach könnten eigentlich unmöglich zu 100% getätigt werden. Doch welchen Grad müsste man als normal betrachten, 90% oder 80%? Die Stadt Bülach hätte 2018 gerade mal 54% geschafft. Das nicht gebrauchte Geld sei nicht gespart worden, sondern werde einfach später benötigt. Und auch andernorts zeige sich, mit Bülach gehe es offenbar aufwärts. Zum Beispiel bei den Personalkosten. Er sehe es ja schon positiv, dass die Kosten für Temporäre um satte 750'000 Franken reduziert worden seien. Wenn aber gleichzeitig der absolute Personalaufwand mit einem Plus von 1.25 Mio. dastünde, was einem Zuwachs der Lohnsumme um 5.4% entspreche, dann sei das noch kein wirklicher Aufwärtstrend. Das gute Resultat der Rechnung 2018 käme denn auch nur aus einem Grunde zustande: Die Grundstückgewinnsteuer sei mit 3.5 Millionen über Budget ausgefallen, was ein Sondereffekt sei, den man nicht abstreiten könne. Gefreut hätte er sich über die Reduktion der Kosten für Dienstleistungen und Honorare an Dritte um 330'000 Franken. Leider seien die absoluten Kosten von 11.5 Mio. Franken einfach exorbitant. Die BSB-Fraktion stimme der Rechnung 2018 zu, verweise aber darauf, nach eigenen Nachrechnungen, dass dem Stadtrat die Kosten weiterhin schleichend davonliefen.

Cyrill Hohler spricht für die **SP-Fraktion**: „Die SP-Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit für die Rechnung 2018 und den dazugehörigen Bericht. Mit einem Ertragsüberschuss

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

von 4.1 Mio. liegt einmal mehr ein erfreuliches Rechnungsergebnis vor, für uns also kein Haar in der Suppe oder es braucht schon sehr viel Fantasie, um eines zu zaubern. Das Resultat zeigt mehr als deutlich auf, dass Stadtrat und Verwaltung, allen Unkenrufen zum Trotz, haushälterisch mit dem städtischen Budget umgehen und sich an die Vorgaben halten. Auch hierfür möchten wir uns an dieser Stelle bedanken. Gerade auch mit dieser Grundlage ist es für uns aber nicht verständlich, dass jeweils in der Budgetdebatte „gnadenlos“ der Rotstift angesetzt wird. So wird jeweils bei den Lohnerhöhungen oder den Weiterbildungskosten für die Verwaltung gespart, welcher hier einen guten Job attestiert wird. Den Unmut, welcher das bei der Verwaltung auslöst, können wir bestens verstehen. Dass auf die aufsuchende Jugendarbeit, welche mit ihrer präventiven Wirkung ein wichtiges Instrument ist, verzichtet wird, ist ein weiteres Beispiel von falscher Sparwut. Der Rechnungsabschluss zeigt ja auf, dass diese Budgetkosmetik nicht nötig ist und die eingesparten Gelder in keinem Verhältnis stehen. Die SP Fraktion wünscht, dass in der kommenden Budgetdebatte auch der Gemeinderat einen guten Job macht und vorsichtiger mit eben jenem Rotstift umgeht. Der Rechnung 2018 wird die SP Fraktion zustimmen.“

Luís Calvo Salgado bedankt sich namens der **Grünen** beim Stadtrat und der Verwaltung für die Erstellung der Rechnung 2018. „Auf Fragen wurden schnell kompetente Antworten geliefert, welche an den Fachkommissionssitzungen diskutiert werden konnten. Wir sind der Ansicht, dass die positive Lage sehr begrüßenswert ist, aber wir denken, dass es besser gewesen wäre, wenn die ursprünglich geplanten Investitionen für Infrastrukturen, vor allem für die Schulen und für die Sportanlagen genug frühzeitig in Angriff genommen worden wären. Wir würden uns also freuen, wenn ein Mal eine positive Meldung da ist, und wir sehen, dass die nötigen Ausgaben getätigt worden sind. Die Grüne Fraktion stimmt der Rechnung 2018 zu.“

Markus Surber ergreift das Wort für die **FDP-Fraktion**: „Die FDP ist zunächst einmal sehr erfreut über den Ertragsüberschuss von 4,1 Mio. Franken. Dies ist nicht selbstverständlich, gerade wenn man die Abschlüsse diverser anderer Gemeinden des letzten Jahres sieht. Dies war aber auch nur möglich aufgrund höher als erwarteten Grundsteuern sowie massiv tieferen Ausgaben bei den Investitionen, was zu deutlich tieferen Abschreibungen geführt hat. Die FDP ist doch sehr erstaunt über diesen eigentlichen Investitionsstau. Lediglich etwas mehr als die Hälfte der geplanten 26.2 Mio. wurden effektiv im letzten Jahr ausgeben. Zwar mag es durchaus logische Erklärungen geben, weshalb die Investitionen so tief ausfielen. Dennoch sind wir der Meinung, dass gerade in einer Phase der starken Bevölkerungszunahme, es extrem wichtig ist, dass die Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum schritthält. Wir hoffen, dass die bereits bewilligten Investitionen nun rasch ausgeführt werden. Der zweite Punkt, welcher uns nachdenklich stimmt, ist das nach wie vor hohe Wachstum bei den Personalkosten. Für uns ist es nicht nachvollziehbar, weshalb die Personalausgaben deutlich stärker

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

steigen als das Bevölkerungswachstum. Eigentlich würde man erwarten, dass gewisse Synergieeffekte erzielt werden könnten. Insgesamt darf das Resultat aber als solides Ergebnis bürgerlicher Finanzpolitik gewertet werden. Damit die Stadt Bülach auch in Zukunft innovativ, wettbewerbsfähig und lebenswert bleibt, müssen wir weiterhin unterscheiden zwischen dem, was nur wünschbar und dem, was auch tatsächlich notwendig ist."

Romaine Rogenmoser, namens der **SVP/EDU Fraktion**: „Den positiven Rechnungsabschluss nehmen wir erfreut zur Kenntnis. Auch die erstklassige Arbeit unserer Finanzabteilung gibt Anlass zur Freude. Und auch, wenn ich jetzt hier als SVP/EDU Vertreterin spreche, so sind meine Bedenken sehr ähnlich gelagert, wie diejenigen, die bereits die RPK geäußert hat. Es sind dies zum einen die unzulängliche Investitionsquote – aus was für Gründen auch immer. Die Konsequenzen widerspiegeln sich leider in einem geschönten Abschluss, der 750'000 Franken schlechter ausfallen würde, wenn alle Investitionen wie vorgesehen ausgeführt worden wären, nämlich aufgrund der um diesen Betrag höheren Abschreibungen.

Das Fatale an den aufgeschobenen Investitionen: sie fallen jetzt einfach später an – leider natürlich jetzt in die ohnehin schon mit hohen Investitionen «verplante» Zukunft. Es ist nicht auszuschliessen, dass wir so jetzt einige Anliegen, die als nicht dringlich eingestuft sind, im Ausführungs-Zeithorizont nach Hinten schieben müssen. Des Weiteren lassen wir uns auch nicht blenden von der diesmal rekordverdächtig hohen Grundstücksgewinnsteuer. Auch dies ein ebenso unverhoffter wie gewissermassen «unverdienter» Segen, ohne den der positive Rechnungsabschluss sich endgültig in die roten Zahlen verschieben würde. Deshalb einmal mehr: Wir sind positiv überrascht, aber nicht zufrieden. Die SVP/EDU Fraktion wird der Rechnung zustimmen."

Julia Pfister teilt namens der **EVP-Fraktion** mit: „Die EVP-Fraktion möchte der Verwaltung und dem Stadtrat für die Budgettreue danken. Die EVP-Fraktion hat sich sehr über den positiven Rechnungsabschluss gefreut. Wir möchten hiermit auch den Gemeinderat darauf hinweisen, dass man auch beim nächsten Budget daran denkt bei den Lohnerhöhungen. Die Verwaltung hat eine super Arbeit geleistet und das haben wir nun auch einige Male gehört. Man muss das nun aber auch bei den Lohngesprächen in Sachen Lohnerhöhungen berücksichtigen, denn «Nur Bares ist Wahres»!"

Detailberatung

Die Vorsitzende erläutert das weitere Vorgehen:

1. Die Detailberatung zum Produktgruppenbudget erfolgt in der Reihenfolge wie im Buch abgebildet (nach Abteilungen, kapitelweise).

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

2. Informationen und Anträge sind direkt bei den jeweiligen Produktgruppen einzubringen. Die Änderungen von Wirkungszielen und Steuerungsgrössen werden ebenfalls bei der jeweiligen Produktgruppe beschlossen.
3. Der Stadtrat kann während der Detailberatung zu den Anträgen und den dazu gefallenen Voten Stellung nehmen (Art. 28 Ziff. 2 GeschO).
4. Zuerst wird über alle Zusatz-/Änderungsanträge abgestimmt und erst danach über das gesamte bereinigte Geschäftsfeld (z.B. SO-01 bis SO-07).
5. Wenn über eine Produktgruppe (z.B. SO-03) separat abgestimmt werden soll, muss ein entsprechender Antrag gestellt werden.
6. Bei nicht eindeutigen Abstimmungen sowie bei der Schlussabstimmung wird ausgezählt.

Aus dem Rat werden keine Einwände gegen das vorgeschlagene Vorgehen erhoben.

I. Produktgruppenberichte Abteilung Bevölkerung und Sicherheit (Seiten 6–48) Geschäftsfelder: Bevölkerungsdienste (BE), Sicherheit (SI) u. Sport (SP)

Geschäftsfeld Bevölkerungsdienste (BE)

Bevölkerung (BE-01), Friedensrichter (BE-02) und Märkte, Plakatwesen und Veranstaltungen (BE-03)

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit und die RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von BE-01 bis BE-03.

Samuel Lienhart spricht seinen Dank dem Stadtrat und den zuständigen Abteilungen aus. Es sei alles zur vollen Zufriedenheit und innert Frist beantwortet worden. Eine richtig gute Sache finde er die Zustandsberichte über die verschiedenen Geschäftsfelder in der Abteilung Bevölkerung und Sicherheit. Diese Zustandsberichte, enthalten die wichtigsten Informationen für jede Produktgruppe. Das sei wirklich sehr hilfreich. Man erhalte ein gutes Gesamtbild und er behaupte, dass man damit schon 50% aller Fragen vorweg beantworten könne. Die Zustandsberichte müssten unbedingt beibehalten werden.

Auch **Stadtrat Daniel Ammann** bedankt sich bei der Kommission. Er sei sehr froh, dass so konstruktiv und lösungsorientiert zusammengearbeitet werden konnte.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppen BE-01 bis BE-03 einstimmig.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Geschäftsfeld Sicherheit (SI)

Stadtpolizei Bülach (SI-01), Feuerwehr (SI-02), Zivilschutz (SI-03) und Schiessanlage (SI-04)

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit und die RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von SI-01 bis SI-04.

Samuel Lienhart bemerkt, dass im Zustandsbericht aufgeführt sei, dass die Mitarbeiter bei der Stadtpolizei aufgrund personeller Engpässe an ihre Kapazitätsgrenzen stossen. Die Kommission ist der Meinung, dass eine Aufstockung des Personals gemacht werden soll, wenn sie wirklich benötigt werde. Man soll dies ins Budget aufnehmen und nicht zu lange mit einem Entscheid warten.

Fredy Schmid würde es begrüssen, wenn der zuständige Stadtrat hinsichtlich der Budgetierung 2020 die Unterdeckung der Steuerungsgrössen in Bezug auf die Dienstleistungen anderer Gemeinden nochmals genauer anschauen würde. Hier seien die Werte nicht eingehalten worden. Es gebe eine Abweichung von 5%, dies müsste im Budget 2020 entsprechend korrigiert werden.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppen SI-01 bis SI-04 einstimmig.

Geschäftsfeld Sport (SP)

Sportzentrum Hirslen und Freibad (SP-01) und Sportamt (SP-02)

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit und die RPK beantragen einstimmig SP-01 und SP-02 zu genehmigen.

Nicht beschlussrelevante Bemerkungen der RPK:

Unter «SP-02.2 Unterhalt von Sportanlagen» ist nicht nachvollziehbar, wie sich die Erlöse zusammensetzen. Die RPK möchte gerne die Erlöse separat ausgewiesen haben (z.B. Beiträge der Kreismunicipalitäten, Werbeeinnahmen, Mieteinnahmen etc.).

Abstimmung Produktgruppen SP-01 und SP-02

Der Rat genehmigt die Produktgruppen SP-01 und SP-02 diskussionslos einstimmig.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

II. Produktgruppenberichte Abteilung Bildung (Seiten 49-76)

Geschäftsfeld: Bildung (BI)

Geschäftsfeld Bildung (BI)

Unterricht Primar- und Kindergartenstufe (BI-01), Schulergänzende Leistungen (BI-02), Berufs- und Erwachsenenbildung (BI-03), Schulliegenschaften (BI-04) und Schulverwaltung (BI-05)

Die Anträge der Kommission Bildung & Soziales und der RPK lauten für BI-01 bis BI-05 einstimmig auf Genehmigung.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der RPK zur Bildung allgemein:

Die Darstellung der Stellenprozente hat sich zwar verbessert, ist allerdings immer noch sehr unübersichtlich. Die RPK erwartet, dass beim nächsten Budget eine vollständige Übersicht sämtlicher Stellen im Bildungsbereich dargestellt wird. Der Personal- bzw. Stellenplan soll nach Bereichen gegliedert werden (BI-01 bis BI-05) und beinhaltet sowohl städtische Angestellte ohne Lehrauftrag, städtische Angestellte mit Lehrauftrag und Kantonale Angestellte.

Julia Pfister bedankt sich bei den zuständigen Abteilungen im Bereich Soziales und Bildung und speziell bei Virginia Locher, Rudolf Menzi, Markus Fischer und Daniel Knöpfli. Die Kommission Bildung und Soziales habe im Moment sehr viele Geschäfte zu bearbeiten und sei daher auf eine gute und enge Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und den Abteilungen angewiesen.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppen BI-01 bis BI-05 einstimmig.

Produktgruppenberichte Abteilung Finanzen und Informatik (Seiten 77-92)

Geschäftsfeld Finanzen (FI)

Geschäftsfeld Finanzen (FI)

Finanz- u. Rechnungswesen (FI-01), Steuern (FI-02), Betreuungswesen (FI-03), Informatik (FI-04)

Bemerkung zur Produktgruppe FI-04 Informatik:

Das Produkt Informatik ist im Unterschied zu den übrigen Produktgruppen im Geschäftsfeld FI in der Kompetenz der Kommission Sicherheit und Bevölkerung.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit empfiehlt einstimmig die Genehmigung der Produktgruppe FI-04 Informatik. Auch die RPK ist für die Annahme der Produktgruppen FI-01 bis FI-04.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppen FI-01 bis FI-04 einstimmig.

III. Produktgruppenberichte Abteilung Planung und Bau (Seiten 93-106)

Geschäftsfelder: Bau (BA) und Liegenschaften (LI)

Geschäftsfeld Bau, Planung und Umwelt (BA)

Bau (BA-01) und Planung sowie Umwelt (BA-02)

Die Kommission Bau & Infrastruktur und die RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von BA-01 und BA-02.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der Kommission Bau & Infrastruktur zu BA-01:

Es wird empfohlen, die folgenden Leistungsindikatoren zu streichen: „Rasche Baubewilligungen: Durchschnittliche Behandlungsdauer im ordentlichen Verfahren ab Vorprüfung.“

Die Behandlungsdauer ist vom Kanton vorgegeben und es wird ein grosser Aufwand für die Erhebung der Daten verursacht.

René Anthon bedankt sich beim zuständigen Stadtrat und auch bei Peter Senn. Die Fragen der Kommission seien stets zeitnah und kompetent beantwortet worden. Die Streichung der Leistungsindikatoren zu BA-01 sei abgesprochen und er hoffe, dass dies so bereits im Budget berücksichtigt werden könne.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Gemeinderat darüber nicht abstimmen könne, da dies in der Kompetenz des Stadtrats liege.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppen BA-01 und BA-02 einstimmig.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Geschäftsfeld Liegenschaften (LI-01)

Liegenschaften (LI-01)

Die Kommission Bau & Infrastruktur und die RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von LI-01.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung der RPK:

Die RPK verlangt, zukünftig eine Leerstandsquote (dies mit mind. einer Nachkommastelle) der Wohn- und Geschäftshäuser auszuweisen.

Romaine Rogenmoser weist darauf hin, dass bei der Präsentation nicht die aktuelle Bemerkung der RPK aufgeführt worden sei.

Abstimmung Produktgruppe LI-01

Der Rat genehmigt die Produktgruppe LI-01 diskussionslos einstimmig.

IV. Produktgruppenberichte Abteilung Politik und Stadtentwicklung, Stab (Seiten 107-134)

Geschäftsfelder: Kultur (KU), Management Dienste (MD) und Wirtschaft und Arbeit (WA)

Geschäftsfeld Kultur (KU-02)

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit ist einstimmig und die RPK mehrheitlich für die Genehmigung von KU-02.

Zusatzantrag der Kommission Bevölkerung & Sicherheit (einstimmig):

KU-02 – Einführung eines neuen Wirkungsziels: „Die Stadt Bülach verfügt über ein Kultur- und Begegnungszentrum, welches verschiedensten Interessen aus der Bevölkerung berücksichtigt“.

Begründung: Die Fachkommission Bevölkerung & Sicherheit möchte, für das Produkt KU-02 ein messbares, ortsungebundenes Wirkungsziel einführen, welches die Bedürfnisse der Bülacher Bevölkerung abbildet.

Samuel Lienhart bedankt sich bei M. Eberli, Ch. Mühlethaler und P. Siedler für die sehr gute und unkomplizierte Zusammenarbeit. Die Einführung dieses Wirkungsziels sei auch auf die Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderats abgestützt.

Romaine Rogenmoser fragt sich, was genau an diesem Wirkungsziel messbar sein soll.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Samuel Lienhart erwidert, dass dies zu 100% messbar sei: Entweder werde es ein Kultur- und Begegnungszentrum geben, welches verschiedenste Interessen aus der Bevölkerung berücksichtigt, oder nicht.

Abstimmungen

Zusatzantrag der Kommission Bevölkerung & Sicherheit:

KU-02 – Einführung eines neuen Wirkungsziels: „Die Stadt Bülach verfügt über ein Kultur- und Begegnungszentrum, welches verschiedenste Interessen aus der Bevölkerung berücksichtigt.“
Der Antrag wird mit 20 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Produktgruppe (KU-02)

Der Rat genehmigt die Produktgruppe KU-02 einstimmig.

Geschäftsfeld Management Dienste (MD)

Politik (MD-01) und Stab (MD-02)

Die Anträge der Kommission Bevölkerung & Sicherheit und der RPK lauten für MD-01 und MD-02 einstimmig auf Genehmigung.

Nicht beschlussrelevante Bemerkung Komm. Bevölkerung & Sicherheit:

MD-02: Die Referenzgrösse zur letzten Umfrage sollte in Produktgruppengrössen aufgeführt werden, auch wenn dies eine grössere Zeitspanne umfasst.

Samuel Lienhart erläutert dazu, dass es hier um die Quote der Mitarbeitenden, gehe, welche ihre Zufriedenheit mit gut bis sehr gut bewerten. Da die Erhebung nur alle 3 Jahre erfolge, im Bericht aber jeweils nur das aktuelle und die beiden vorherigen Jahre abgebildet seien, sei nicht ersichtlich, ob es schlechter werde, gleich bleibe oder sogar besser werde.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppen MD-01 und MD-02 einstimmig.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Geschäftsfeld Wirtschaft und Arbeit (WA)

Standortförderung (WA-01)

Die Anträge der Kommission Bevölkerung & Sicherheit und der RPK lauten einstimmig auf Genehmigung.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppe WA-01 einstimmig.

V. Produktgruppenberichte Abteilung Soziales und Gesundheit (Seiten 135-167)

Geschäftsfelder: Alter (AL), Gesundheit (GE) und Soziales (SO)

Geschäftsfeld Alter (AL-01 Alter)

Die Anträge der Kommission Bildung & Soziales und der RPK lauten einstimmig auf Genehmigung.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppe AL-01 diskussionslos einstimmig.

Geschäftsfeld Gesundheit (GE-01)

Die Kommission Bildung & Soziales und die RPK beantragen einstimmig, GE-01 zu genehmigen.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppe GE-01 diskussionslos einstimmig.

Geschäftsfeld Soziales (SO-01 – SO-07)

Familie (SO-01), Reissverschluss (SO-02), Flüchtlings- und Asylkoordination (SO-03), Soziale Dienste (SO-04), Sozialversicherungen (SO-05), Kindes- u. Erwachsenenschutzbehörde (SO-07)

Die Kommission Bildung & Soziales und die RPK empfehlen SO-01 bis SO-05 und SO-07 einstimmig zur Genehmigung.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppen SO-01 bis SO-07 diskussionslos einstimmig.

VI. Produktgruppenberichte Abteilung Umwelt und Infrastruktur (Seiten 168-207)

Geschäftsfelder: Abfallbewirtschaftung (AB), Land-/Forstwirtschaft (LF), Verkehr (VE), Werke (WE)

Geschäftsfeld Abfallbewirtschaftung (AB)

Entsorgung (AB-01)

Die Kommission Bau & Infrastruktur und die RPK beantragen einstimmig, AB-01 zu genehmigen.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppe AB-01 diskussionslos einstimmig.

Geschäftsfeld Land- und Forstwirtschaft (LF-01)

Forstbetrieb (LF-01)

Die Kommission Bau & Infrastruktur und die RPK beantragen einstimmig, LF-01 zu genehmigen.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppe LF-01 diskussionslos einstimmig.

Geschäftsfeld Verkehr (VE)

Öffentlicher Verkehr (VE-01)

Die Kommission Bau & Infrastruktur und die RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von VE-01.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppe VE-01 diskussionslos einstimmig.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Geschäftsfeld Werke (WE)

Baulicher Unterhalt Strassen (WE-01), Betrieblicher Unterhalt Strassen (WE-02), Wasserversorgung (WE-03), Abwasserentsorgung (WE-04) und Tiefbau (WE-05)

Die Kommission Bau & Infrastruktur und die RPK beantragen einstimmig die Genehmigung von WE-01 bis WE-05.

Abstimmung

Der Rat genehmigt die Produktgruppen WE-01 bis WE-05 diskussionslos einstimmig.

Erfolgsrechnung 2018

Die RPK beantragt die gesamte laufende Rechnung 2018 (Erfolgsrechnung) zu genehmigen.

Frédéric Clerc möchte namens der GPK nochmals auf die Rechnung im Allgemeinen zurückkommen. Die GPK habe im Zusammenhang mit ihrer Arbeit Unstimmigkeiten bei der Besoldungsverordnung festgestellt. Es seien nicht rechtskonforme Zahlungen an Kommissionen festgestellt worden. Die GPK stelle heute diesbezüglich keinen Antrag. Die Verwaltung und der Stadtrat seien aber informiert und darauf aufmerksam gemacht worden, dass hier gehandelt werden müsse. Er wolle aber, dass dies so im Protokoll festgehalten werde. Die GPK stimme der Rechnung zu, mit der Annahme der Rechnung werde dieser Umstand aber nicht einfach legalisiert.

Abstimmung

Die Erfolgsrechnung 2018 wird einstimmig genehmigt.

Investitionsrechnung 2018

Die RPK beantragt die Investitionsrechnung 2018 zu genehmigen.

Fredy Schmid hat die Investitionsrechnung nochmals genauer angeschaut und merkt dazu an: „Ich habe folgende Zahlen daraus notiert. Im Herbst 2017 haben wir für das Budget 2018 einen Betrag von 26.2 Mio. drin. Im September 2018 haben wir vom Stadtrat eine Prognose bekommen, worin der Stadtrat eine Einschätzung abgegeben hat, dass bis Ende 2018 insgesamt rund 20 Mio. investiert werden. Effektiv investiert worden sind dann aber nur 14.2 Mio. Wenn man nun diese 14.2 Mio. mit

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

dem Betrag vergleicht, welchen wir im Herbst 2017 genehmigt haben, ergibt dies eine Differenz von 12 Mio. Franken. Und auch wenn man die Schätzung des Stadtrats von 20 Mio. nimmt, die er im September 2018 abgegeben hat, liegt man immer noch 6 Mio. daneben.

Im Finanzplan 2018-2022 ist für das Jahr 2019 ein Betrag von 40.5 Mio. vorgesehen. Werden nun diese 12 Mio., die man nicht investiert hat, einfach zu diesen 40.5 Mio. hinzugefügt, sodass man im 2020 etwa 52 Millionen für die Investitionen hat? Für mich wäre dies unvorstellbar. Wie viel will der Stadtrat im 2019 investieren? Vielleicht nicht die 40 Mio., sondern weniger? Mich würde das interessieren, da alles miteinander zusammenhängt. Ich weiss, dass der Stadtrat jeweils Ende Mai eine voraussichtliche Prognose bis Ende des laufenden Jahres macht. Es wäre daher nicht schlecht, wenn auch wir wüssten, wie die Zahlen für das Jahr 2019 aussehen und wieviel von diesen 12 Millionen, die wir im 2018 nicht investiert haben, noch zu diesen 40.5 Mio. fürs 2019 dazu kommen. Ich wäre um eine Präzisierung froh, da die Zahlen verwirrend und schwer zu interpretieren sind."

Abstimmung

Die Investitionsrechnung 2018 wird mehrheitlich genehmigt.

Romaine Rogenmoser möchte nochmals auf die Produktgruppe LF-02 Friedhof zurückkommen: In der Rechnung werde nur der Anteil von Bülach am Friedhof-Zweckverband aufgeführt und die RPK habe auch wie jedes Jahr die ganze Produktgruppe LF inkl. Friedhof-Zweckverband abgenommen. Es habe alles seine Richtigkeit gehabt. Sie habe aber beim Abschied fälschlicherweise nur LF-01 erwähnt. Sie fände es korrekt, wenn der Gemeinderat über die ganze Produktgruppe, also LF-01 und LF-02 abstimmen würde.

Samuel Lienhart und **Fredy Schmid** schliessen sich dem an. Man solle auch über LF-02 abstimmen lassen.

Die Vorsitzende würde das gerne korrekt abgeklärt haben.

Stadträtin Andrea Spycher meint, dass der Friedhof-Zweckverband bereits in der letzten Stadtratssitzung abgenommen worden sei und im Aufgabenbereich der Exekutive liege.

Die Vorsitzende ist der Ansicht, dass der Rat eigentlich immer nur über eine ganze Produktgruppe abstimmen kann und nicht nur über einen Teilbetrag eines einzelnen Produkts.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Romaine Rogenmoser erwidert, dass es hier auch nicht nur um einen Teilbetrag, sondern um die gesamte Produktgruppe LF-02 gehe. Dies sei der ganze Anteil der Stadt Bülach am Friedhof-Zweckverband.

Frédéric Clerc stellt einen Ordnungsantrag auf eine Unterbrechung der Sitzung, so könne sich die Geschäftsleitung über das weitere Vorgehen beraten.

Der Rat ist damit einverstanden.

Die Vorsitzende ordnet eine Unterbrechung von 10 Minuten an.

*** Pause 20.10 Uhr bis 20.20 Uhr ***

Die Vorsitzende teilt mit, dass sich die Geschäftsleitung besprochen habe. Der Rat werde jetzt nachträglich noch über die Produktgruppe LF-02 Friedhof abstimmen. Beim Bezirksrat werde aber noch abgeklärt, wie hier zukünftig korrekt vorgegangen werden soll.

Abstimmung Produktgruppe LF-02

Der Rat stimmt der Produktgruppenrechnung LF-02 einstimmig zu.

Die Vorsitzende teilt mit, dass nun die Abstimmung betreffend die Schlussabstimmung zur Erfolgsrechnung 2018 der Vollständigkeit halber wiederholt werden muss.

Abstimmungen Erfolgsrechnung 2018

Die Erfolgsrechnung 2018 wird einstimmig genehmigt.

Schlussabstimmung Jahresrechnung 2018

Für die Schlussabstimmung hält die Vorsitzende nochmals fest, dass:

1. die Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Bilanz und Sonderrechnungen den gesetzlichen Anforderungen genügt und die rechnerische Richtigkeit stimmt;
2. die Erfolgsrechnung bei Fr. 135'390'943.96 Ertrag und Fr. 131'308'836.83 Aufwand mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 4'082'107.13 abschliesst;

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

3. bei Investitionsausgaben im Verwaltungsvermögen von Fr. 14'463'259.73 und Investitionseinnahmen von Fr. 266'705.25 die Nettoinvestition Fr. 14'196'554.48 beträgt;
4. die Nettoveränderung im Finanzvermögen der Investitionsrechnung Fr. 7'462.71 (Ausgabenüberschuss) beträgt;
5. die Bilanz Aktiven und Passiven von Fr. 224'152'846.11 aufweist;
6. durch den Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung sich das Eigenkapital von Fr. 98'834'584.40 auf Fr. 102'916'691.53 erhöht.

Schlussabstimmung Jahresrechnung 2018

In der entsprechenden Schlussabstimmung wird die Jahresrechnung 2018 inkl. der Produktgruppenrechnung einstimmig genehmigt.

Traktandum 8

Geschäftsbericht 2018

Die Geschäftsleitung hat den Geschäftsbericht 2018 am 13. Mai 2019 der Geschäftsprüfungskommission (GPK) zur Prüfung und Antragstellung zugewiesen.

Der Abschied der GPK lautet einstimmig auf Genehmigung.

Nicht beschlussrelevante Bemerkungen:

Die GPK begrüsst das neue optische Erscheinungsbild des Geschäftsberichtes. Das Dokument ist übersichtlicher und insbesondere die Grafiken regen zur Lektüre an und tragen dazu bei, dass die Informationen einfach vermittelt werden können.

Frédéric Clerc ergänzt, dass es wesentliche Verbesserungen im Erscheinungsbild gegeben habe. Der Bericht sei so viel frischer und interessanter geworden.

Stadtpräsident Mark Eberli zeigt sich ebenfalls erfreut über den gelungenen Geschäftsbericht und bedankt sich bei der GPK für das Lob.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Fraktionserklärungen

Frédéric Clerc teilt namens der **FDP-Fraktion** mit, dass auch sie vom neuen Layout des Geschäftsberichts begeistert seien. Er komme frisch herüber und sei gut gestaltet. Die Fotos und Grafiken seien sehr gut ausgewählt. Man hoffe daher, dass dieses gelungene Produkt auch als Marketinginstrument für die Wirtschaftsförderung eingesetzt werde.

Nadja Naegeli meldet sich für die **SP-Fraktion** zu Wort: „Im Namen der SP-Fraktion möchte auch ich mich bei den Verantwortlichen und allen, die am Geschäftsbericht mitgearbeitet haben bedanken. Es ist eine neue Welt, die da geschaffen worden ist: Ein grosses Kompliment dafür! Ich weiss aus eigener Erfahrung, wie viel Aufwand hinter der Organisation und Koordination eines solchen Berichtes steckt.“

Detailberatung

Fredy Schmid kommt auf das Thema Wohnen im Alter zu sprechen. Auf Seite 44 des Geschäftsberichts stehe: „Das Ziel ist, dass bei einem Pflegebedarf die Mieterinnen und Mieter von der Wohnung in die Pflegewohngruppe umziehen können und das vertraute Quartier nicht verlassen müssen“. Er habe mit Peter Fehrlin, Präsident IG Alter, darüber gesprochen. Für P. Fehrlin sei das Ziel zwar in Ordnung, aber es handle sich dabei um einen reinen Wunschgedanken. Momentan seien nämlich in all diesen Pflegewohngruppen im Erdgeschoss ausschliesslich Demenzkranke untergebracht. Wenn eine pflegebedürftige Person nun in eine solche Pflegewohngruppe wechseln oder umziehen möchte, hätten diese praktisch gar keine Chance hier einen Platz zu bekommen. Das Ziel müsste also sein, dass in diesen WohnenPlus-Häusern die Dienstleistungen so angepasst werden, dass ältere, pflegebedürftige Menschen möglichst lange in ihrer Wohnung bleiben können und dort vermehrt durch die Spitex oder einen sonstigen Pflegedienst betreut werden.

Stadtrat Rudolf Menzi pflichtet F. Schmid bei. Das sei das grosse Ziel und man arbeite diesbezüglich bereits aktiv mit der Stiftung zusammen, um hier eine gute Lösung zu suchen und diese Vision weiter voranzutreiben.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig die Genehmigung des Geschäftsberichts 2018.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Traktandum 9

Fragen an Kommissionen und Stadtrat

Schulhaus Allmend: Fragen an die Primarschulpflege

Die Vorsitzende informiert, dass die von Romaine Rogenmoser gestellten Fragen von Virginia Locher beantwortet und den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt worden sind (Beilage zum Protokoll).

Romaine Rogenmoser dankt für die ausführliche Beantwortung ihrer Fragen, ihre Zweifel über die weitere Entwicklung im Bösvisli vermochten damit aber nicht zerstreut zu werden: „Ich gebe zu: bevor ich diese Fragen gestellt habe, hatte ich mit keinem Lehrer diesbezüglich ein Gespräch geführt – nachdem aber dann der Pressebericht über die Ratssitzung (und ich muss hier an dieser Stelle sagen: nicht ein Bericht, den ich selber geschrieben habe, wie fälschlicherweise in den Lehrerzeitschriften kolportiert wird) in der Zeitung erschien, wurde ich förmlich bestürmt mit Voten von ehemaligen Lehrern und ebenso von Lehrpersonen, die im Schulhaus weiterarbeiten. Ganz offensichtlich habe ich da in ein Bienenest gestochen. Ich finde, es sollte legitim sein, als Mutter und als Steuerzahlerin, einige Fragen stellen zu dürfen. Die Haltung der Schulpflege, bei «ungemütlichen» Fragen den Fragesteller zu diskreditieren, gefällt mir an der ganzen Geschichte deshalb überhaupt nicht. Mir war wichtig, das Thema einmal anzuschneiden, um zu sehen, ob die Entwicklung des Allmend-Schulhauses in eine stabile Zukunft führt. Und entgegen den bösen Zungen, die mir wieder vorwerfen, ich hätte etwas gegen dieses Schulhaus: im Gegenteil, ich würde mich wohl kaum so ins Zeug legen dafür, wenn es mir egal wäre, wie die Kinder dort unterrichtet werden. Und Eigeninteressen habe ich mittlerweile bald keine mehr, weil meine Kinder bald nicht mehr in diesem Schulhaus sind. So gesehen könnte es mir egal sein, wenn dort alles den Bach runtergeht. Das ist es aber nicht. Weshalb mich nun die Antworten nicht zu überzeugen vermögen? Insbesondere die Sache mit den Schulleitern wird einem doch gehörig verklärt dargestellt. Seit 2014 hat es insgesamt 4 Schulleiter in abwechselnder Besetzung gegeben (wobei Herr Paillard nicht mal namentlich erwähnt wurde, sondern nur als Mutterschaftsvertretung. Das sind immerhin 4 Schulleiter in 5 Jahren. Das liegt doch erheblich unter dem Durchschnitt von 4.6 bzw. 3 Jahren. Und in dieser Angelegenheit noch die Anstellungsdauer von den anderen Schulleitern zu bemühen, ist in diesem Fall hat leider auch kontraproduktiv, bzw. spricht nicht für die Schulleitung im Allmend. Die Herrschaften in den anderen Schulen sind mit 20, 18 und 17 Jahren doch erheblich länger da. Unterschlagen wird auch die Tatsache, dass im Allmendschulhaus an gewissen Tagen einer Schulwoche sogar gar kein Schulleiter vor Ort war (über eine gewisse Zeit) – das dünkt mich in diesem speziellen Schulhaus doch einigermassen abenteuerlich, um nicht zu sagen: naiv. Gerade in Krisensituationen sollte zumindest eine Ansprechperson vor Ort sein. Und ob eine Ko-Führung in einer Extremsituation überhaupt noch angebracht ist, weil dann der Informations-Streuverlust einfach zu

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

gross ist und sich nachteilig auswirkt, ist meiner Meinung nach wenigstens eine Diskussion wert. Auch da frage ich mich, ob dies im ganzen Teambildungsprozess überhaupt angesprochen wurde und wenn ja, mit welchem Resultat.

Wie erwartet wird nur bestätigt, dass man zwar den Missstand erkannt hat, dass Massnahmen getroffen wurden, die diesen Massenexodus zur Folge hatten, aber ein «Schuldeingeständnis» bzw. zumindest eine Art Selbstreflexion suche ich in dieser Antwort vergeblich – von einer Lösung ganz zu schweigen. Es liest sich vielmehr als: let's wait and see.

Dies ist aber nicht weiter verwunderlich, denn schliesslich hat sich die Primarschule mit so vielen – zum Teil selber ins Boot geholten – Problemstellungen zu beschäftigen. Da sei nur mal die Schulraumplanung bzw. Schulraumbereitstellung erwähnt. An die Tagesschule-Geschichte mag ich erst gar nicht denken. Vielleicht wäre es gerade da sinnvoll, diesbezüglich einen Gang zurückzuschalten. Schliesslich ist auf dem zurzeit ausgetrockneten Lehrermarkt schon für den regulären Schulbetrieb fast keine Lehrkraft aufzutreiben. Wie die Lehrer für die zusätzlichen Anforderungen einer Tagesschule rekrutiert werden sollen, ist mir mit der aktuellen Führung der Schule absolut schleierhaft.

Und jetzt noch etwas in eigener Sache: In der Vergangenheit ist es wiederholt passiert, dass die Anwesenden (da schliesse ich alle mit ein: Presse, Stadtrat, Gemeinderat, Personalverband etc.) nicht zu unterscheiden vermochten, welchen Hut ich trage. Mein Votum zu diesem Thema ist aus der Optik der besorgten Mutter und Steuerzahlerin – also weder SVP noch RPK."

Nutzung Rasenplatz Hinterbirsch

René Anthon stellt betreffend die Medienmitteilung „Fussball-Rekurse gegen die Nutzung des Rasenplatzes Hinterbirsch" vom 14.06.2019 folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Hat die Stadt Bülach gemäss Leistungsvereinbarung mit dem FC Bülach auch die Pflicht immer und überall genügend Fussballplätze für alle Fussballerinnen und Fussballer zur Verfügung zu stellen?
2. Falls nicht, weshalb wird von den Schülerinnen und Schülern eine pädagogisch wichtige Spielwiese wie der Rasenplatz Hinterbirsch und allenfalls nun noch weitere Wiesen (zur Überbrückung bis Möglichkeit Hinterbirsch) einfach zweckentfremdet?
3. Was für temporäre Massnahmen (gemäss Medienmitteilung) sollen den Trainings- und Spielbetrieb aufrechterhalten? Und wer kommt finanziell dafür auf?
4. Während welchen Zeiten gehört die Wiese Hinterbirsch nun wem und wer repariert allfällige durch den Fussballbetrieb entstandene Schäden am Platz?

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Stadtrat Daniel Ammann beantwortet die Fragen wie folgt:

- „1. Nein, es gibt keine rechtliche Verpflichtung, genügend Fussballplätze für alle Fussballerinnen und Fussballer zur Verfügung zu stellen. Aber es bestehen Leistungsvereinbarungen. Wenn nun ein bestehender Fussballplatz wegfällt, wird dem FC ersatzweise das Recht eingeräumt, bestehende Sportanlagen zu nutzen. Wir sind seit einem Jahr bemüht, diesbezüglich einen geeigneten Ersatz zu suchen. Hier ist noch ein Verfahren hängig, deshalb wird es keine weiteren Auskünfte geben.
2. Es wird nichts zweckentfremdet. Es wird dort momentan bereits schon Fussball gespielt. Und es wird dementsprechend auch so vermietet. Der Rasen ist aber natürlich nicht für eine dauernde Intensivnutzung ausgelegt. Aktuell führt z.Bsp. der Eishockey-Club sein Sommertraining auch dort durch. Die mieten dort zwar die Halle, spielen jedoch meistens auch draussen Fussball auf dem Platz. Die Nutzung des Rasenplatzes wird also in nächster Zeit einfach erhöht werden.
3. Momentan suchen wir nach Lösungen, dies vor allem in organisatorischer Hinsicht. So müssen vielleicht Trainings gekürzt oder an einem anderen Ort durchgeführt werden. Ebenso werden temporäre Lösungen mit den Nachbargemeinden angeschaut. Und der FC bemüht sich, hier auch Hand zu bieten und bei anderen Clubs Ersatzplätze zu bekommen.
4. Es ist geplant, dass der Rasenplatz aufgewertet und entsprechend gepflegt wird. Diese Unterhaltsarbeiten werden durch die Stadt übernommen.“

Daniel Wülser gibt anhand von 3 Folien eine Erklärung betreffend Fussball-Rekurse gegen die Nutzung des Rasenplatzes Hinterbirch ab: „Die Anstösser und vor allem die Rekurrenten sind absolut nicht dagegen, dass die Junioren dort über eine beschränkte Zeit ihr Training haben. Aber das Problem liegt woanders: Bei der Parkiererei und den Mami-/Papi-Taxis, wie ihr dies auf den Bildern seht. Wenn schon jetzt bei den vorhandenen 31 Hibi-Parkplätzen so parkiert wird (wenn ein Oberstufen-Klassenzug eine Infoveranstaltung macht), wie siehts dann aus, wenn der FC z.Bsp. an einem Samstag kommt, wo es Meisterschaftsspiele mit auswärtigen Besuchern gibt? Diese 31 Parkplätze wurden vom Bauamt der Stadt vor 5 Jahren bewilligt mit dem Neubau der Turnhalle. Damals war noch kein weiterer, neuerer Player bekannt. Diese 31 Parkplätze dienen ausschliesslich den Turnhallen- und Schulhaus-Benützern. Natürlich kann man nun – wenn diese 31 Plätze belegt sind (10 fallen ab September wegen Erweiterungsbau der Berufswahlschule weg) – die Besucher einfach auf den gebührenpflichtigen «alten Bahnhof Parkplatz» beim Schulhaus Lindenhof oder Dreispitz beim Spital bzw. Kirche verweisen. Aber, diese Plätze sind eigentlich den dortig frequentierenden Personen vorbehalten. Es gibt noch die Kläranlagen-Parkplätze, notabene mit einem aktuell noch nicht ganz legalen Weg von nur 165 Metern dorthin. Aber diese tastet man überhaupt nicht an. Zudem hat es dort Asylcontainer, welche bald frei werden mit dem Umzug an den neuen Ort.

All diese Sachen haben die rekurrierenden Anstösser an der zweiten «heissen» Sitzung miteingebracht. Leider hielt es unser Stapi einmal mehr nicht für nötig, an dieser anwesend zu sein, obwohl es eine

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

heisse Kartoffel ist. Lieber nimmt unser Stapi an Apéros teil (ich übrigens auch). Aber zu einem solchen Amt gehört es halt auch, dass man halt auch anwesend ist, wenn es etwas heisser zu und her geht. Die Nichtteilnahme wurde übrigens an dieser Sitzung auch kritisiert und im Protokoll festgehalten. Und es stimmt schlichtweg nicht, dass ein ehemaliges GLP-Mitglied es den Büli-Kindern nicht erlauben will, auf der Hibi-Wiese zu «tschutten». Aber den Rekurrenten blieb – nachdem die Stadtverantwortlichen kein Ohr für ihre Anliegen hatte – nichts anderes übrig als vorerst diesen leidigen Weg zu beschreiten. Wie meinte denn an der vergangenen Oberstufen-Kreisgemeinderats-Versammlung die Präsidentin Irene Jaggi zu mir beim Apéro: «Ja ich habe volles Verständnis für die Rekurrenten, insbesondere bei den Direktanstössern sowieso». Das sagt eigentlich alles! Also klemmt euch in den nächsten Wochen in den «Hintern», werte Stadtverantwortliche, und geht nochmals ernsthaft hinter die Bücher und dann spielen die Büli-Kids ab Ende August dort, im Hibi für einen gewissen Zeitraum. Wir haben ja Land im Hagenbuchen seit bald zwanzig Jahren."

Daniel Wülser meldet sich nochmals zu Wort und stellt folgende Fragen an den Stadtpräsidenten: „An der letzten Gemeinderatssitzung hast Du auf meine Frage betreffend allfälligem Einzug der Oberstufenschulpflege Bülach ins neue Stadthaus das kurze Statement abgegeben, dass die Oberstufenschulpflege sich vor den Sommerferien entscheiden werde. Auf die entsprechend gleiche Frage vor 10 Tagen an die Oberstufenschulpräsidentin Irene Jaggi anlässlich der vergangenen Kreisschulgemeindeversammlung meinte diese, dass das am 3. Juli 2019 entscheiden werde. Es war von Seite Oberstufenschulpflege an diesem Abend nicht ein grosses Interesse zu spüren, dass diese wirklich in das Stadthaus einziehen und mit der Primarschule auf gleicher Ebene am gleichen Empfangsschalter tätig sein will.

Setzt der Stadtrat, insbesondere Mark Eberli, wirklich alles in Bewegung, damit man hier zu einem positiven Resultat kommt? Ich spüre auf beiden Seiten kein gemeinsames Feuer, welches im Interesse der Bülacher Bevölkerung bzw. "Schulkunden" wäre. Ich befürchte einen negativen Entscheid. Insbesondere, weil nun bereits über ein halbes Jahr verstrichen ist, nachdem sich die Sekundarschule an ihrer letzten, öffentlichen Sitzung im November 18 negativ gegenüber einem Einzug ins neue Stadthaus geäussert hat. Ein guter Verkäufer verkaufe mit Kampfgeist um einen Auftrag. Hier spüre ich einfach nichts. Ja es ist klar, es gibt keine Kommission oder will Mark Eberli lieber Platzreserve und Platz für seine Angestellten?"

Stadtpräsident Mark Eberli erwidert, dass er zu diesem Thema nur wiederholen könne, was er bereits schon an der letzten Gemeinderatssitzung gesagt habe. Man sei in Kontakt mit der Oberstufenschulpflege und man habe ihr ein Angebot unterbreitet. Der Entscheid läge nun bei ihr, ob sie auch ins Stadthaus einziehen wolle oder nicht.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Traktandum 10

Diverses

Samuel Lienhart kommt auf das Thema Revision der Personalverordnung und den dazugehörigen Abschied der Kommission Bevölkerung & Sicherheit zu sprechen. Im Abschied sei unter den nicht beschlussrelevanten Bemerkungen aufgeführt, dass noch geprüft werden soll, ob Teilzeitmitarbeitende auch in die berufliche Vorsorge aufgenommen werden können. Da das Geschäft nun aber etwas später im Rat behandelt werde, sei die Kommission der Meinung, dass diese Abklärungen unabhängig davon gemacht werden sollen. Er bitte den Stadtrat hier bereits tätig zu werden und zu überprüfen, ob und ab wann Teilzeitmitarbeitende auch in die berufliche Vorsorge aufgenommen werden können.

Cornel Broder verliest die **Fraktionserklärung der SVP/EDU** betreffend die Medienmitteilung des Stadtrats zur Unternehmerumfrage der Wirtschaftsförderung: „Um zur Erarbeitung der Wirtschaftsstrategie die Anliegen und Bedürfnisse der Unternehmen zu kennen, hat die Wirtschaftsförderung Stadt Bülach eine Umfrage gemacht. Der erfreulich hohe Rücklauf von 48% zeigt, dass die Resultate absolut repräsentativ sind. Die Ergebnisse ergeben Handlungsbedarf bei Fachkräftemangel, ungenügender Verfügbarkeit von Parkplätzen sowie bei hohen Miet- und Kaufpreisen. Analysiert man die Auswertung nach Wichtigkeit, zählt Verfügbarkeit der Parkplätze mit 76% zu den Top 3 neben Grundstückspreisen und Kommunikationsnetz. Betrachtet man nun die Medienmitteilung des SR in diesem Zusammenhang, sind unter Handlungsbedarf die 3 wichtigsten Punkte korrekt genannt. Jedoch lediglich zu Fachkräftemangel und Mietpreise wird je ein kurzer Abschnitt gewidmet und der Punkt genauer erläutert. Interessanterweise gibt es eine Erklärung, dass für die Attraktivität von Fachpersonal Freizeitaktivitäten, Kulturangebote und Kindertagesstätten eine wichtige Rolle spielen. Anscheinend haben diese Themen für den Stadtrat besondere Wichtigkeit, dass es diese in der Mitteilung einfügt, denn im Bericht und in der Umfrage findet man diese Ausdrücke nirgends. Die zusätzlichen Parkplätze, immerhin bei Wichtigkeit in den Top 3, werden lediglich in einem Nebensatz beiläufig erwähnt. Deshalb appellieren wir an den Stadtrat, die eigenen Befindlichkeiten, politischen Interessen und Wünsche zurückzustellen und die Prioritäten nicht den eigenen Legislaturzielen, sondern den Resultaten der Wirtschaftsumfrage anzupassen. Nur so kann der grosszügig gesprochene Betrag optimal zugunsten der Wirtschaftsförderung eingesetzt werden. Zudem zeigt sich, dass eine umfassende Kommunikation des Stadtrats sowie eine genaue Überprüfung seitens Gemeinderat dringend notwendig ist.“

Stadträtin Andrea Spycher informiert, dass der Stadtrat bezüglich der abgebrannten Spitalwaldhütte einen Grundsatzentscheid gefällt habe: Die Hütte werde wieder aufgestellt. Dies sei ein grosser

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Wunsch seitens der Bevölkerung und sicher auch eine lohnende Investition für Bülach. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften könne aber noch nicht gesagt werden, ob die Hütte 1:1 ersetzt werden könne. Zudem habe es bisher auch weder Strom- noch Wasseranschluss gegeben. Dazu seien weitere Abklärungen im Gange. Der Rat werde zeitnah informiert, sobald neue Erkenntnisse vorliegen.

Daniel Wülser bedankt sich für diese Informationen.

Romaine Rogenmoser kommt auf die Abstimmung über den Friedhof-Zweckverband (LF-02) zurück. Sie findet, dass dazu keine Abklärungen beim Bezirksrat notwendig sind. Sie habe nachgeschaut, wie dies in den letzten paar Jahren gehandhabt worden sei. Und dieses Jahr sei ihr, als RPK-Präsidentin, halt dieser kleine Fehler unterlaufen. Letztes Jahr habe man es genau gleich gemacht und der Fehler sei einfach nicht entdeckt worden. Hätte sie nichts gesagt, wäre es wieder einfach untergegangen. Niemand hätte etwas bemerkt und es wäre gut gewesen so.

Jörg Inhelder teilt mit, dass dies seine letzte Gemeinderatssitzung gewesen sei. Die fünf Jahre im Gemeinderat seien eine lehrreiche und spannende Zeit gewesen, aber manchmal auch ein wenig desillusionierend. Erfreulich sei die hohe Akzeptanz gewesen, die er im Rat von Anfang an genossen habe. Gefreut habe ihn auch, dass er gleich zu Beginn in sein „Wunschressort“, die RPK, gewählt wurde, denn Analytik und Zahlen gehörten zu seinen Lieblingsthemen. Die angeregten Diskussionen im Gemeinderat, in den Kommissionen und bei sonstigen Gelegenheiten über alle Parteigrenzen hinaus, habe er mehrheitlich spannend gefunden. Die Herausforderung, in einem Beurteilungsgremium für das neue Stadthaus mitzuwirken, habe er sehr gerne angenommen. Natürlich sei der Politbetrieb im Gegensatz zum privaten Unternehmertum auch sehr schwerfällig. Aber heute sei Abschiedsstimmung und er wolle sich bei allen, die ihn bei Vorstössen oder in Kommissionen unterstützt hätten, bedanken. Er lade deshalb alle zu einem kleinen Apéro ein. Aber er könne leider nicht bis in die späte Nacht bleiben, da morgen früh bereits schon der Zügelwagen vor seinem Haus stehe.

Die Einladung von Jörg Inhelder zum anschliessenden Apéro wird vom Rat mit grossem Applaus verdankt.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Informationen der Vorsitzenden

Auch die Vorsitzende bedankt sich nochmals bei Jörg Inhelder für sein über 5jähriges Engagement in der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats und wünscht ihm für die Zukunft weiterhin viel Erfolg und alles Gute.

Gemeinderats-Ausflug vom Samstag, 24. August 2019

Die Einladung mit den Details wurde bereits Anfang Juni 2019 verschickt. Bisher haben sich 9 Gemeinderäte und 5 Stadträte angemeldet. Die Anmeldefrist läuft noch bis am 1. Juli 2019.

Rechtskraft der Beschlüsse

Gegen die Beschlüsse aus der Gemeinderatssitzung vom 27. Mai 2019 sind bis heute noch keine Rechtsmittel ergriffen worden. Die Rekursfrist läuft noch bis am 1. Juli 2019.

Rechtsbelehrung

Betreffend die an der heutigen Sitzung behandelten Geschäfte werden aus dem Rat keine Einwände erhoben.

Die Sitzung ist um 21.00 Uhr geschlossen.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 24. Juni 2019

Bülach, 11. Juli 2019

Für die Richtigkeit:

Jeannette Wanner, Ratssekretärin

Geprüft:

Claudia Forni
Gemeinderatspräsidentin

Stephan Blättler
1. Vizepräsident

Yvonne Waldböth
2. Vizepräsidentin

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber und Stadtschreiber-Stv.
- Protokollsammlung



Primarschulpflege Schulverwaltung
Hans-Haller-Gasse 9
8180 Bülach
Telefon 044 863 13 40
Fax 044 863 13 47
E-Mail primarschule@buelach.ch
Internet www.buelach.ch

Frau
Romaine Rogenmoser
Präsidentin RPK
Gemeinderat
8180 Bülach

Datum 21. Juni 2019
Kontaktperson Virginia Locher, Schulstadträtin
Direktwahl 044 860 85 82
E-Mail virginia.locher@buelach.ch

Antwort auf Ihre Anfrage anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 27.5.19

Sehr geehrte Frau Rogenmoser
Liebe Romaine

Sie haben anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung folgende Fragen gestellt

1. Hat die Schulleitung ein Führungsproblem? Es fällt auf, dass die Rochaden einhergehen mit den diversen Wechseln der Schulleitungen.
2. Ist im nächsten Jahr wiederum mit einem ähnlich grossen Brain-Drain zu rechnen? Wenn nein, was sind die Gründe, dass mit einer Normalisation der Situation gerechnet werden kann?
3. Ist die Schulleitung jetzt «etabliert» oder ist mit weiteren Ab-/Zugängen in der Schulleitung zu rechnen? Was waren die Gründe für diese häufigen Wechsel/Verschiebungen in dieser Position?
4. Wieviel haben die Teambildungs-Massnahmen gekostet, um dieses «Debakel» abzuwenden? (Im Elternbrief wurde auf diese hingewiesen). Wurde wirklich «genug» versucht, um die Situation zu stabilisieren, verbessern, entschärfen?
5. Mit welchen Massnahmen wird sichergestellt, dass zukünftig stabilere Verhältnisse herrschen?

Gerne beantworten wir diese wie folgt:

Vorbemerkung:

Rund ein Viertel aller Lehrpersonen (total: 11 LP) hat an der Schule Allmend gekündigt. Das ist tatsächlich viel. Die durchschnittliche Fluktuation liegt bei rund 11%. Die Gründe für den Wechsel sind vielfältig (Wegzüge, Stufenwechsel, Frühpensionierung, Weiterbildung, generelle Unzufriedenheit). Ein Teil dieser Kündigungen ist tatsächlich auf Spannungen im Team und solche zwischen einer Gruppe von Lehrpersonen und der Schulleitung zurückzuführen. Dass es nicht

... gemeinsam zum Erfolg



gelingen ist, die Fronten innerhalb des Schulhauses Allmend durch den im August 2017 eingeleiteten Teamentwicklungsprozess abzubauen, ist bedauerlich, muss aber so zur Kenntnis genommen werden. Wenn Lehrpersonen sehr unzufrieden sind und ihre Erwartungen (aus ihrer Sicht) längerfristig nicht erfüllt werden können, dann ist eine Kündigung zwar bedauerlich, aber grundsätzlich ein konsequenter Schritt. Diesbezüglich kann der grosse Wechsel auch eine Chance sein, die Situation im Schulhaus zu beruhigen. Es wäre aber verfehlt am Platz, von Siegern und Verlierern zu sprechen oder die Schuld einseitig zuzuweisen.

Zur Fluktuation an sich: Wenn mehr als 10 Lehrpersonen auf Ende eines Schuljahres die Schule verlassen, ist das definitiv zu viel. Trotzdem kann das auch mal vorkommen. Im Schulhaus Schwerzgrueb gab es beispielsweise Ende Schuljahr 2014/15 einen grossen Wechsel und im Schulhaus Hohfuri haben Ende Schuljahr 2016/17 ebenfalls 10 Lehrpersonen die Schule verlassen. Beide Schulen sind aber wieder stabil und gut unterwegs. Entscheidend ist, dass die Fluktuation über die Jahre hinweg in einem vernünftigen Rahmen bleibt. Bei der Schule Allmend haben Ende 2016/17 4 Lehrpersonen und Ende Schuljahr 2017/18 2 Lehrpersonen die Schule verlassen. Es wäre also falsch, von permanenten Rochaden zu sprechen.

1. *„Hat die Schulleitung ein Führungsproblem? Es fällt auf, dass die Rochaden einhergehen mit den diversen Wechseln der Schulleitungen.“*

Wer selber schon eine Führungsposition ausgeübt hat, weiss, dass die Personalführung zu den anspruchsvollsten Aufgaben im Führungsalltag gehört. Bei einer Gesamtzahl von 45 Mitarbeitenden gibt es immer Probleme oder Konflikte, sei dies zwischen einzelnen Lehrpersonen, zwischen Lehrpersonen und unzufriedenen Eltern oder manchmal auch zwischen Mitarbeitenden/Lehrpersonen und der Schulleitung selber. Es ist zweifellos erstrebenswert, dass eine Führungsperson bei all ihren Mitarbeitenden gut akzeptiert, geachtet und geschätzt wird. Wenn dies nicht oder nur teilweise der Fall ist, kann das unterschiedliche Gründe haben. Ein Teil dieser Verantwortung liegt immer auch bei der Führungsperson selber. Es liegt aber auf der Hand, dass Führungspersonen, welche noch nicht so lange im Amt sind, oft mehr Probleme mit der Anerkennung haben als ältere und erfahrenere Führungspersonen. Hier gilt es, keine überstürzten Entscheide zu fällen, sondern jüngeren Kadermitarbeitenden die Möglichkeit zu geben, an ihrer Aufgabe zu wachsen und aus Fehlern zu lernen. An dieser Stelle muss betont werden, dass eine Ende Dezember von der gesamten Primarschule Bülach durchgeführte anonyme Lehrpersonenbefragung zu den Bereichen Führung und Zusammenarbeit zwar eine gewisse Unzufriedenheit an der Schule Allmend transparent gemacht hat. Trotzdem lag der Anteil derjenigen, welche die Items mit gut und sehr gut beurteilten zwischen 60% und 90%. Insofern kann nicht von einem generellen Führungsproblem gesprochen werden.

Auf die Rochaden bei der Schulleitung gehen wir bei der 3. Frage ein.



2. *„Ist im nächsten Jahr wiederum mit einem ähnlich grossen Brain-Drain zu rechnen? Wenn nein, was sind die Gründe, dass mit einer Normalisation der Situation gerechnet werden kann.“*

Hoffentlich nicht! Eine Garantie dafür gibt es selbstverständlich nicht. Dennoch sprechen verschiedene Gründe dafür, dass der grosse Wechsel auf Ende dieses Schuljahres ein einmaliges Ereignis war. Die an der Schule verbleibenden etwas mehr als 30 Lehrpersonen identifizieren sich mit der Schule Allmend und stehen im Grundsatz hinter der Schulleitung. Es gilt, die neuen Lehrpersonen gut ins Team einzubinden und sie sorgfältig in ihre neue Arbeit einzuführen. Parallel dazu wird der Teamentwicklungsprozess unter diesen neuen Voraussetzungen weitergeführt. Bei den bestehenden Unzufriedenheiten handelte es sich ja nicht ausschliesslich um einen Konflikt zwischen Schulleitung und Teammitgliedern sondern auch um einen Konflikt zwischen verschiedenen Gruppierungen im Team. Diesbezüglich gilt es, die Erwartungen an die verschiedenen Rollen zu klären, gemeinsame Ziele zu setzen und verbindliche Abmachungen zu treffen.

3. *„Ist die Schulleitung jetzt «etabliert» oder ist mit weiteren Ab-/Zugängen in der Schulleitung zu rechnen? Was waren die Gründe für diese häufigen Wechsel/Verschiebungen in dieser Position?“*

Betrachtet man die Schule Allmend (vormals Böswisli) über einen längeren Zeitraum, kann man sagen, dass es in den letzten zwanzig Jahren sehr wenig Wechsel bei der Schulleitung gegeben hat. Der langjährige Schulleiter Matthias Glöckler ging Ende Schuljahr 2013/14 in Pension. Seine Nachfolge hat Barbara Landolt (Malagoli) im August 2014 angetreten. Anfangs 2017 wurde sie Mutter, so dass während ihrer Abwesenheit eine Mutterschaftsvertretung einspringen musste. Im Sommer 2017 ist sie wieder mit einem reduzierten Pensum zurückgekehrt und als Co-Schulleiterin wurde Katrin Huber aus Schaffhausen gewählt. Weil Katrin Huber Anfangs 2018 in den Schaffhauser Kantonsrat nachgerückt ist, musste sie die Anstellung in Bülach leider wieder kündigen. Seit Sommer 2018 ist Alexandra Jünger mit einem Pensum von 70% Co-Schulleiterin im Allmend und Barbara Landolt (seit 2014 Schulleiterin) hat ihr Pensum auf 40% reduziert. Der Mutterschaftsurlaub von Barbara Landolt und der unerwartete Abgang von Katrin Huber aufgrund ihres politischen Amtes haben zweifellos eine gewisse Unruhe in den Führungsalltag gebracht. Beides sind aber Ereignisse, die nicht beeinflusst werden können. Momentan ist nicht davon auszugehen, dass erneut ein Wechsel eintreten wird.

Die durchschnittliche Verweildauer von Schulleitungen im Kanton Zürich lag 2008 gemäss einer Studie der ETH Zürich (Dr. Theo Wehner) bei 4,6 Jahren. In der Zwischenzeit ist diese Rate weiter gesunken und liegt bei rund 3 Jahren. Betrachtet man die gesamte Primarschule Bülach, können wir uns glücklich schätzen, dass wir ein kompetentes und langjähriges Führungsteam



haben. Einer unserer Schulleiter ist seit mehr als 20 Jahren in seinem Amt, zwei weitere Schulleiter/innen seit 18 respektive 17 Jahren. Nebst Frau Landolt, die bereits in ihrem 5. Dienstjahr ist, haben wir einen weiteren Schulleiter, der 4 Jahre im Amt ist und uns auch weiter erhalten bleiben wird. Viele Gemeinden beneiden uns um unsere Konstanz bei den Schulleitungen. Dass auch wir nicht vollständig vor temporären Turbulenzen und Wechseln gefeit sind, versteht sich von selbst.

4. *„Wieviel haben die Teambildungs-Massnahmen gekostet, um dieses «Debakel» abzuwenden? (Im Elternbrief wurde auf diese hingewiesen). Wurde wirklich «genug» versucht, um die Situation zu stabilisieren, verbessern, entschärfen?“*

Der Einsatz eines externen Moderators hat im Jahr 2018 9'300 Franken gekostet. Im Moment, als der entsprechende Kredit genehmigt wurde, ging die Schulpflege nicht von einem Debakel aus, sondern wollte den Teamentwicklungsprozess durch den Einsatz eines externen und unabhängigen Moderators begleiten lassen. Ob genug gemacht wurde, um die Situation zu stabilisieren, zu verbessern und zu entschärfen ist im Nachhinein immer schwierig zu beurteilen. Im Übrigen führt eine Konfliktmoderation oder ein Teamentwicklungsprozess nicht immer zu einer harmonischen Lösung. Oft lässt eine solche Intervention auch alte „Wunden“ aufbrechen und führt dazu, dass der Konflikt im Moment noch vermehrt aufbricht und in einer Trennung endet.

5. *„Mit welchen Massnahmen wird sichergestellt, dass zukünftig stabilere Verhältnisse herrschen?“*

Wie bereits in Abschnitt 2 ausgeführt, wird der Teamentwicklungsprozess unter den neuen Voraussetzungen weitergeführt. Zudem wird der Leiter Bildung in seiner neuen Rolle als Vorgesetzter der Schulleitungen auch im Schuljahr 2019/20 die Schule Allmend und die beiden Co-Schulleiterinnen weiterhin eng begleiten. Von Seiten der Schulpflege ist Karin Loeffel als Vizepräsidentin die Kontaktperson für den Teamentwicklungsprozess. Sie wird ebenfalls an wichtigen Anlässen, Aussprachen oder Auswertungen von Prozessschritten dabei sein.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Antworten gedient zu haben.

Freundlich grüssen

Virginia Locher
Schulstadträtin

Markus Fischer
Leiter Bildung



Kopie an:

- Primarschulpflege
- Stadtrat Bülach
- Gemeinderat Bülach

**Postulat umweltfreundliches
Abfallkonzept für
bewilligungspflichtige
Veranstaltungen**

Überblick

1. Weihnachtsmarkt, Warenmarkt, andere Veranstaltungen.
2. Ursprung: Anfrage bezüglich der Abfallmenge und -trennung Weihnachtsmarkt.
3. Beispiele aus anderen Städten in der Schweiz.
4. Entsorgungsinfrastruktur von der Stadt Bülach.
5. Akzeptanz auch vonseiten verschiedener Bülacher Veranstalter

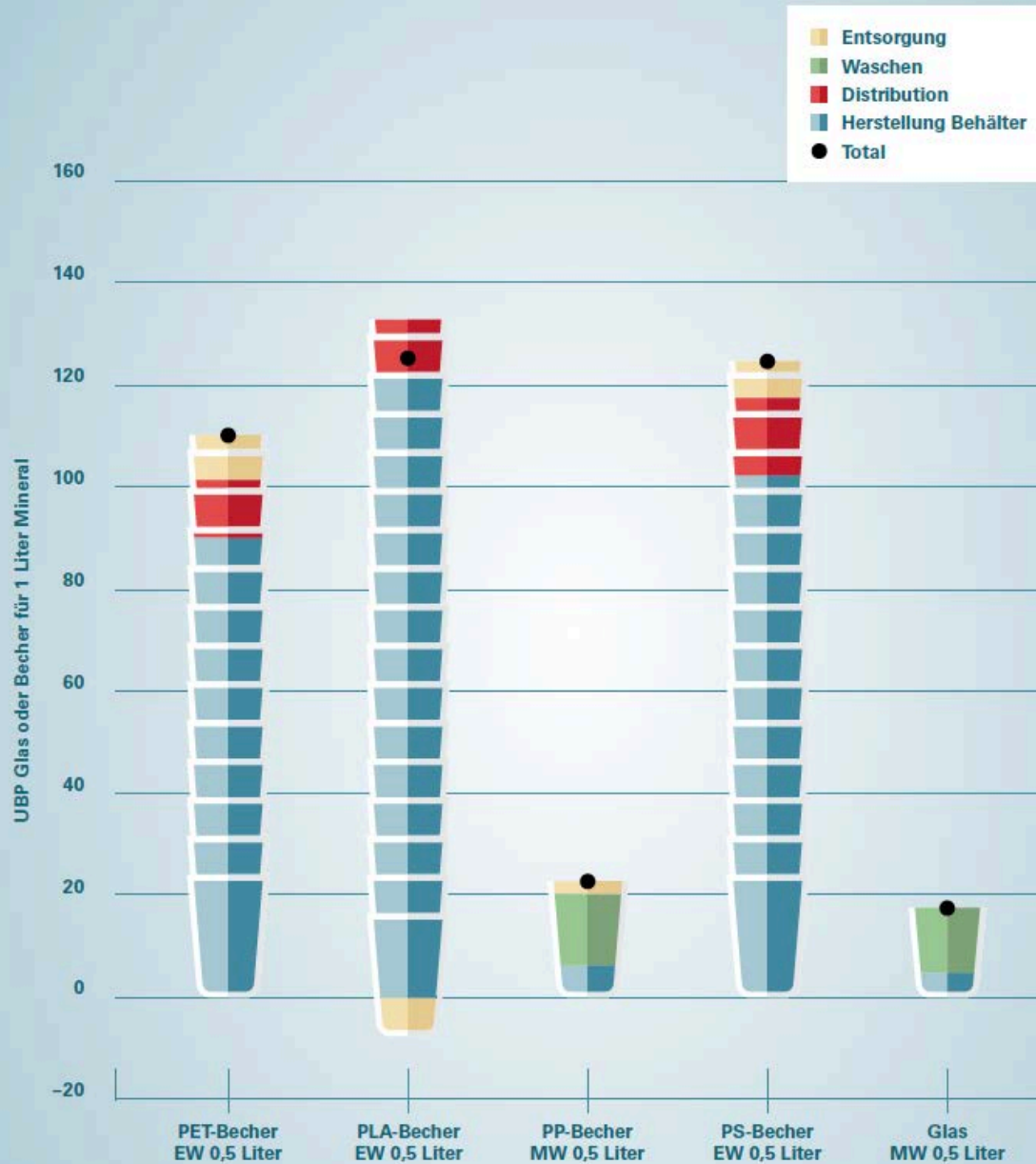
1. Weihnachtsmarkt, Warenmarkt, andere Veranstaltungen

In Bülach finden rund ums Jahr zahlreiche Feste und Anlässe auf öffentlichem Grund statt.

Wertstoffe wie Glas oder PET gehören zurück in den Stoffkreislauf und erhalten so ein zweites Leben.

Das Postulat zielt darauf ab, ein Abfallkonzept von den Veranstaltern zu verlangen.

Umweltbelastung von Bechervarianten pro 1 Liter Getränk (Vergleich der 5 Bechertypen*)



Quelle: Entsorgung +
Recycling
Stadt Bern
Mehrwegberatung

2. Ursprung: Anfrage bezüglich der Abfallmenge und -trennung Weihnachtsmarkt

Anfrage in der Gemeinderatssitzung vom 5.12.2018 bezüglich Abfallkonzept beim Weihnachtsmarkt.

Antwort des Stadtrates: «kein eigentliches Konzept», «keine verfeinerte Abfalltrennung» «kein extra Container» bei einem Abfallvolumen von 4.5 Tonnen.

3. Beispiele aus anderen Städten in der Schweiz

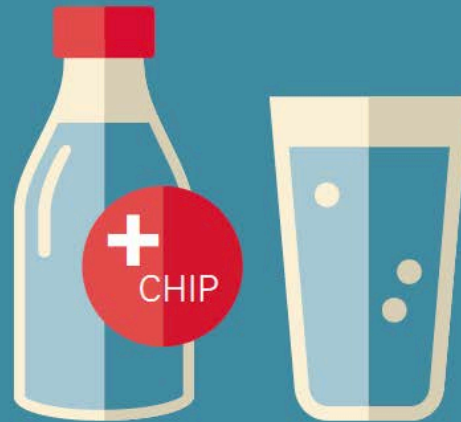
Um Abfallberge zu vermeiden, findet man folgende Lösungsansätze:

- Mehrwegbecher mit Depot
- Mehrweggeschirr mit Depot
- Übrige Gebinde, wie z.B. PET, mit Depot
- Verzicht auf Alu- und Glasgebinde

3. Beispiele aus anderen Städten in der Schweiz

- **Mahlzeiten möglichst ohne Verpackung (z.B. Pack's ins Brot, Finger Food)**
- **Temporäre flächendeckende Installationen für den Abfall**
- **Unterhalt der Installationen**
- **Ereignisorientierte Reinigungsarbeiten während der Veranstaltung auf dem Festareal**

IG SAUBERE VERANSTALTUNG



Sie erhalten CHF 2.–
pro Becher/Flasche + Chip

Rückgabestation Mehrweg

Für defekte Becher wird
kein Depot ausbezahlt.

Als defekte Becher gelten gebrochene,
gesprungene, deformierte Becher oder
Becher mit anderen Beschädigungen.

Dieser Anlass arbeitet mit Mehrweggeschirr.
Mehr Infos: www.saubere-veranstaltung.ch

Vielen Dank für Ihr Verständnis.

er und
r wird
zahlt.

the, Sprünge, Defor-
Beschädigungen.
rständnis.

Quelle: Entsorgung +
Recycling
Stadt Bern
Mehrwegberatung



Informationen zum Zusammenhang von
Lebensmitteln und Klima an der Uninacht Basel

Quelle: <https://saubere-veranstaltung.ch/Public/Page?pageId=26>



Mehrwegbecher reduzieren die Abfallmenge

Quelle: <https://saubere-veranstaltung.ch/Public/Page?pagelId=26>



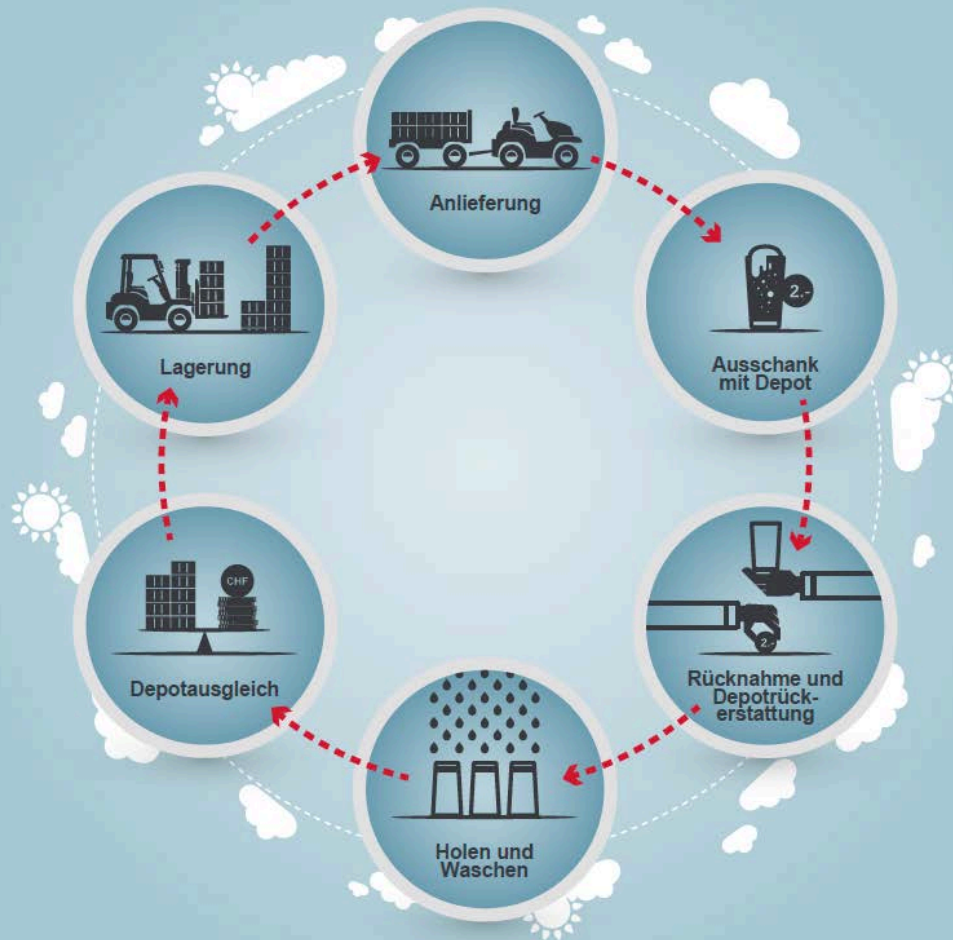
Gute Kennzeichnung erleichtert die Abfalltrennung

Quelle: <https://saubere-veranstaltung.ch/Public/Page?pageId=26>

4. Entsorgungsinfrastruktur von der Stadt Bülach

Wie andere Städte in der Schweiz sollte Bülach ein verbindliches Konzept für die Abfalltrennung bei bewilligungspflichtigen Veranstaltungen erstellen, welche die eigenen Veranstaltungen der Stadt einschliessen.

<https://saubere-veranstaltung.ch/Public/Page?pageId=22>



Quelle: Entsorgung +
Recycling
Stadt Bern
Mehrwegberatung

5. Akzeptanz auch vonseiten verschiedener Bülacher Veranstalter

Wir haben Kontakt mit mehreren Veranstaltern von solchen Veranstaltungen genommen und haben festgestellt, dass eine grosse Akzeptanz auch von ihrer Seite vorhanden ist.



Jahresrechnung 2018 der

Stadt Bülach



Rechnung 2018

Übersicht

1. Gesetzliche Grundlage
2. Stellung der RPK
3. Aufgaben der RPK
4. Das Haar in der Suppe
5. Dank
6. Laufende Rechnung
7. Investitionsrechnung
8. Kennzahlen
9. Antrag

1. Gesetzliche Grundlage

§ 59 GG

- 1 Die RPK prüft den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen nach finanzpolitischen Gesichtspunkten.
- 2 Sie prüft das Budget und die Jahresrechnung.
- 3 Die Prüfung erfolgt unter folgenden Gesichtspunkten:
 - a. finanzrechtliche Zulässigkeit
 - b. rechnerische Richtigkeit
 - c. finanzielle Angemessenheit
 - d. sachliche Angemessenheit

2. Stellung der RPK

- Selbständige und unabhängige Behörde
- Sie ist nur den staatlichen Aufsichtsorganen verantwortlich (Bezirksrat, kantonale Fachaufsichten, Regierungsrat, etc.)
- Funktion als **finanzpolitisches Beratungsorgan** der Gemeinde und die **Koordinationsfunktion** in finanzieller Hinsicht zwischen politischer Gemeinde, Schulgemeinden und Zweckverbänden.

3. Aufgaben der RPK

Finanzpolitische Haushaltkontrolle

1. finanzrechtliche Zulässigkeit
2. finanzielle Angemessenheit
 - Haushaltgleichgewicht → finanzielle Tragbarkeit
 - Sparsamkeit → Notwendigkeit und Dringlichkeit
 - Wirtschaftlichkeit → Zweckmässigkeit

Finanztechnische Haushaltkontrolle

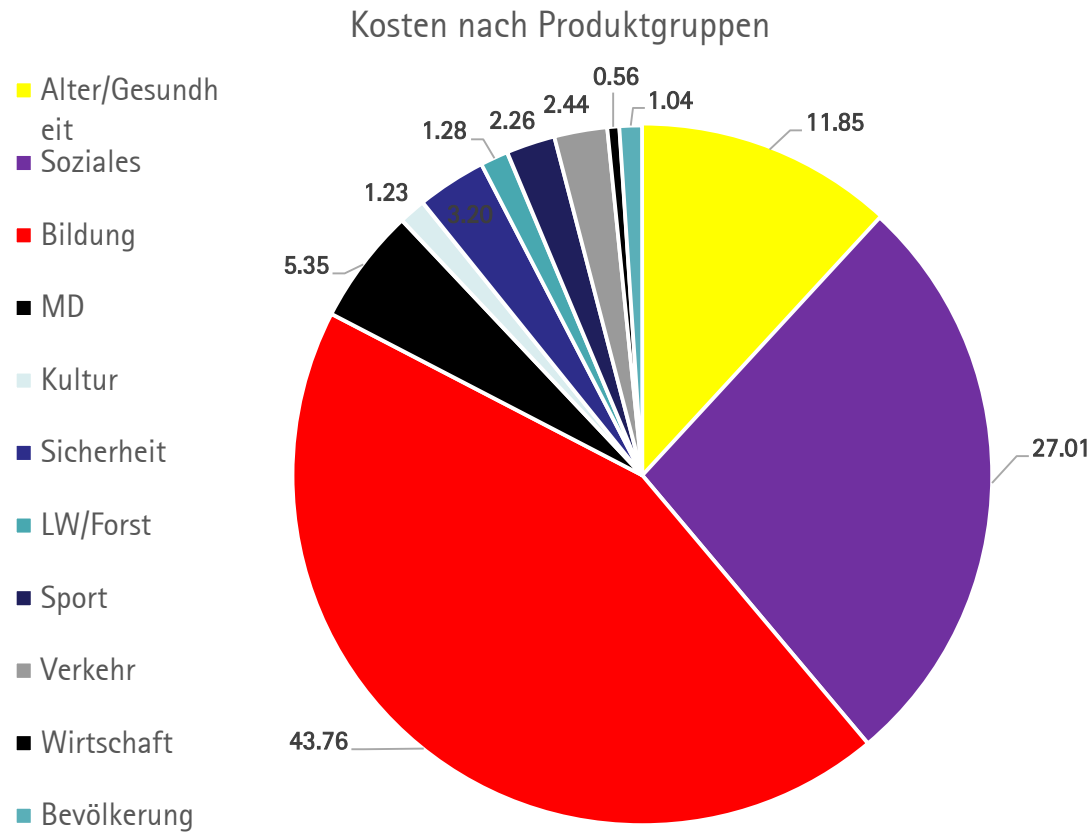
4. Das Haar in der Suppe



5. Dank

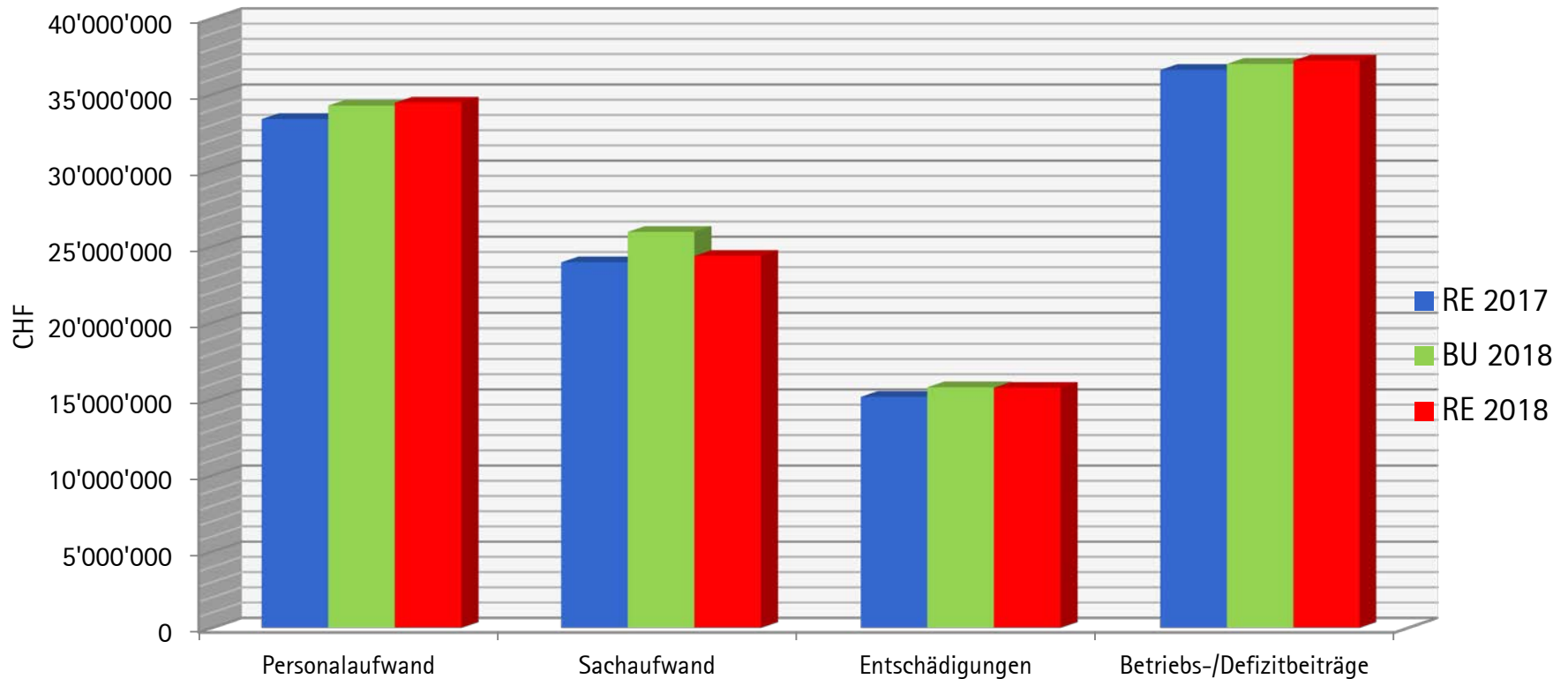
Merci

6. Laufende Rechnung: Kosten nach Produktgruppen



6. Laufende Rechnung: wichtigste Aufwandarten

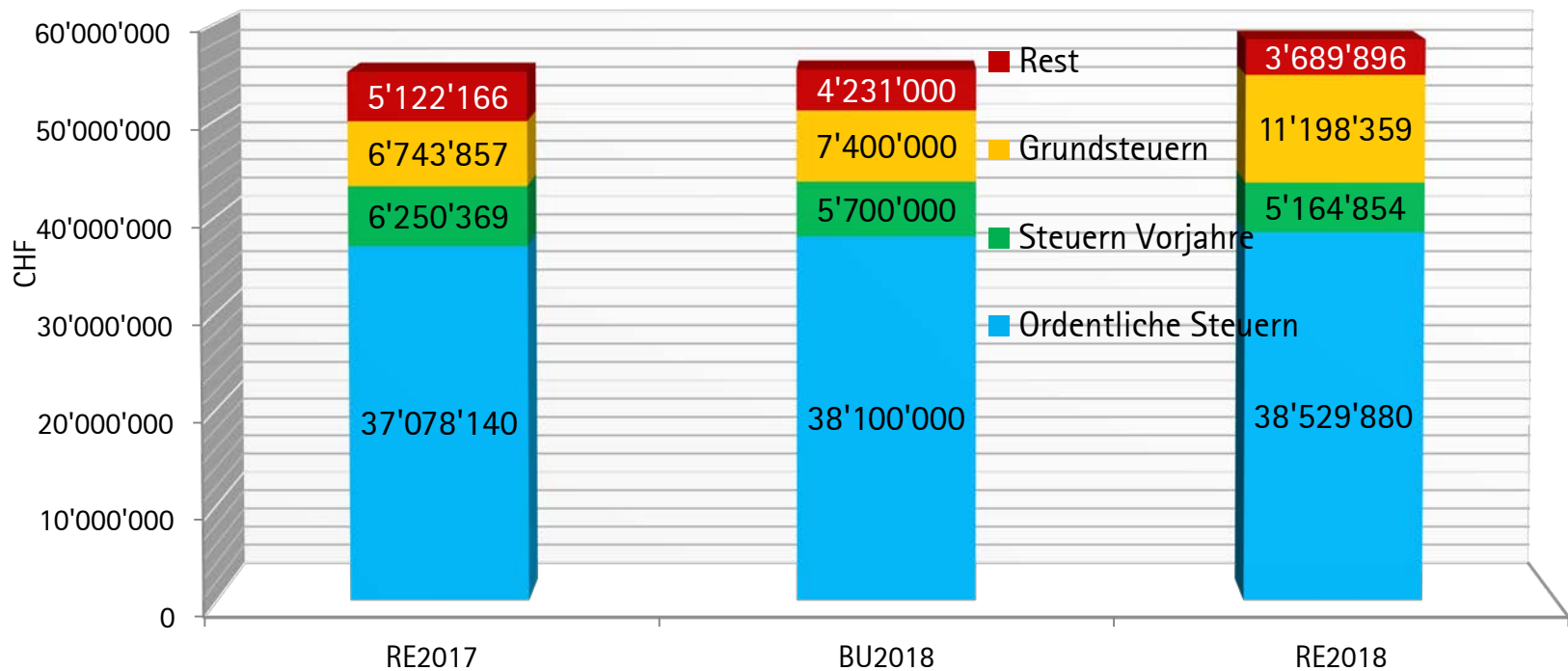
Entwicklung wichtigste Aufwandarten



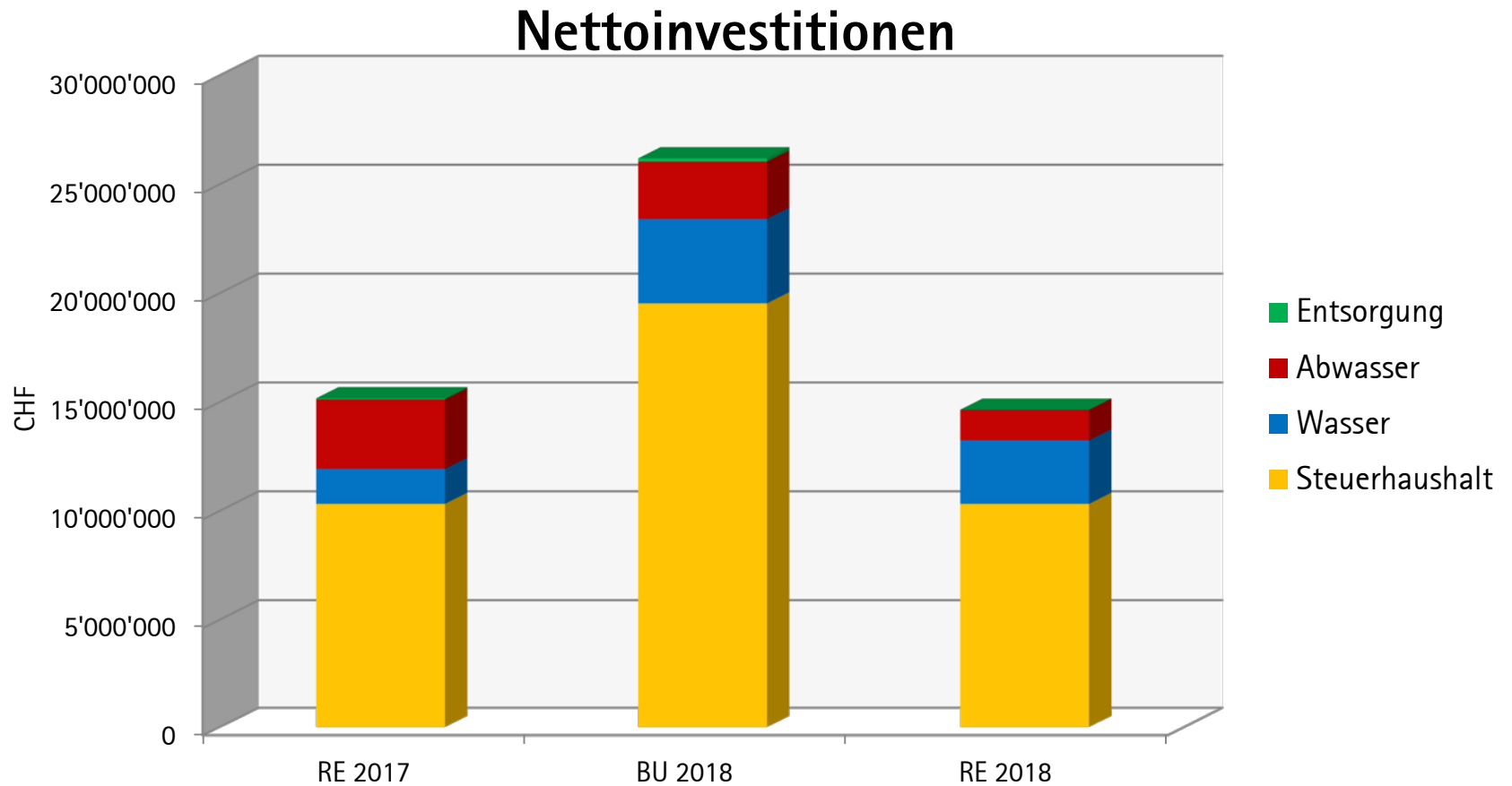


2. Laufende Rechnung: Steuererträge

Vergleich Steuererträge



7. Investitionsrechnung



8. Kennzahlen

Kennzahlen	2018	2014–2018
1. Saldo Laufende Rechnung <i>(kritisch, wenn negativ)</i>	4.1 Mio. 	14.0 Mio. 
2. Zinsbelastungsanteil <i>(kritisch, wenn > 5 %)</i>	-1.6 % 	-1.3 % 
3. Selbstfinanzierungsanteil <i>(kritisch, wenn < 10 %)</i>	14 % 	13 % 
4. Selbstfinanzierungsgrad <i>(kritisch, wenn < 70 %)</i>	129 % 	94 % 
5. Bruttoverschuldungsanteil <i>(kritisch, wenn > 150 %)</i>	43 % 	39 % 

9. Antrag

Die RPK beantragt einstimmig,
die Rechnung 2018 zu genehmigen.